

#04/06/07/13

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Eigensicherung So bleiben Sie
im Dienst unverletzt

EINSATZPLANUNG MIT CEKON /// NEUE LEITSTELLE PP DORTMUND



Redaktion STREIFE

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5 | 40213 Düsseldorf
Tel: 0211 871 - 23 66
Mail: streife@mik.nrw.de

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe der »Streife« greifen wir unter anderem das Thema Eigensicherung auf. Das Polizeipräsidium (PP) Köln führte hierzu einen umfassenden Informationstag durch – mit Vorträgen, Info-Ständen und praktischen Demonstrationen. Viele Kolleginnen und Kollegen nutzten den Tag, um sich darüber zu informieren, was sie selbst tun können, um nach jedem Einsatz heil und gesund wieder zurückzukommen. Wie aktuell dieses Thema ist, zeigt auch ein Blick auf das aktuelle Lagebild 2012 zum Thema »Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte (PVB)«. Betroffen ist demnach vor allem der Streifendienst – 83,3 Prozent der gemeldeten Fälle kommen aus diesem Bereich. Die Zahl der im Dienst durch Gewalteinwirkung Geschädigten ist 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 Prozent auf 10.321 Personen gestiegen. Diese Zahl ist nicht akzeptabel. Aber das Lagebild 2012 zeigt auch, dass die NRW-Polizei immer professioneller mit dem Einsatz von Gewalt umgeht. Das belegt nicht zuletzt die gesunkene Zahl der Verletzten.

Weitere Themen dieser Ausgabe: Die Polizei NRW verbessert ihre Infrastruktur, um in Gefährdungslagen noch schneller und koordinierter reagieren zu können: Wir stellen die neue Landesleitstelle im PP Dortmund vor sowie die Softwarelösung CEKON. Außerdem portraituren wir eine Muslimische Kontaktbeamtin in Duisburg und weisen auf die diesjährige Landespolizeischau in Dortmund hin, die am 13. Juli unter dem Motto »Ein Tag mit uns« in der ganzen Dortmunder Innenstadt und auf dem Hafengelände stattfinden wird. Wir hoffen, viele Kolleginnen und Kollegen dort zu treffen.

Dieser Ausgabe liegt eine neue Auflage des »Fahrerlaubnisflyers« bei. Er verschafft den Nutzern eine kompakte Übersicht zu der seit Januar veränderten Rechtslage und ermöglicht im täglichen Dienst bei der Prüfung fahrerlaubnisrechtlicher Sachverhalte eine zügige Zuordnung.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünscht

Die Redaktion Streife

INHALT

02 __ Editorial
55 __ Impressum

TITEL

04 __ Risiken erkennen und minimieren
Erster Eigensicherungstag im PP Köln
11 __ Mehr Geschädigte, aber weniger
Verletzte Lagebild 2012 zur Gewalt
gegen PVB

EINSATZ

14 __ Führen vor der Festnahme
Neubau am Polizeipräsidium Dortmund
16 __ Ein Tag der Arbeit auch für die
Polizei Demonstrationen in Dortmund
19 __ Wirksamer Katastrophenschutz
Sechste IPOMEX-Messe in Münster
22 __ Auf Knopfdruck einsatzbereit
Einsatzplanungs-Software CEKON

KRIMINALITÄT

24 __ Handeln statt wegschauen
Landespreis Zivilcourage 2012

VERKEHR

27 __ Fahrerlaubnisrecht 2013
Neuaufgabe des Fahrerlaubnisflyers

PERSONALIEN

29 __ In neuer Funktion

29 __ Internationale Polizeimissionen
Stefan Feller bei den Vereinten Nationen
in New York

30 __ »Wir fühlen uns schon wie echte
Polizisten« Die praktische Ausbildung der
neuen Anwärter und-Anwärterinnen hat
begonnen

34 __ Den Nachwuchs für den Polizei-
beruf begeistern Die Personalwerbungs-
kampagne 2013/2014 hat begonnen

36 __ Auswertung aus einer anderen
Sicht Im Landeskriminalamt arbeiten
sehbehinderte Mitarbeiter

PRISMA

38 __ Eine lebendige Brücke bilden
Ciler Durmus ist KMI in Unna

41 __ Die Arbeit der KMI
Wolfgang Gatzke im Gespräch

44 __ Raffiniert gefälschte Kunst
Die Nacht der Museen im LKA NRW

48 __ 18. Deutscher Präventionstag
in Bielefeld NRW mit erfolgreichen
Projekten vertreten

50 __ Spitzensportler der Polizei
geehrt Fitness für den täglichen
Dienst unverzichtbar

52 __ Nachmachen ausdrücklich
erwünscht Landespreis für Innere
Sicherheit 2012

PREISRÄTSEL

54 __ Mann, o Mann!
Männer in der Midlife Crisis





Fotos (7): Ralph Lueger

Risiken erkennen und minimieren

Erster Eigensicherungstag im Polizeipräsidium Köln

Polizistinnen und Polizisten müssen in ihrem Alltag immer damit rechnen, dass sie in Situationen kommen, bei denen sie verletzt oder sogar getötet werden könnten. Eine effektive Eigensicherung ist deshalb unerlässlich. Beim ersten Eigensicherungstag des Polizeipräsidioms (PP) Köln informierten sich die Teilnehmenden an mehr als zwanzig Ständen und in zahlreichen Vorträgen und Vorführungen. Die Antworten auf zwei wesentliche Fragen standen dabei im Vordergrund: Wo können überall im Dienst Gefahren auftauchen? Und: Wie kann ich mein eigenes Verhalten verändern, damit diese Gefahren erst gar nicht entstehen beziehungsweise damit ich mich besser vor ihnen schützen kann?

Es sind Ausnahmesituationen, aber sie treten immer wieder ein:

> Ein Verdächtiger flüchtet sich bei laufendem Zugverkehr auf ein unübersichtliches Bahngelände im rechtsrheinischen Köln. Der Verfolgte erleidet einen Stromüberschlag aus einer Oberleitung – die Beamten bleiben zum Glück unverletzt.

> Nur, um schnell zu einer verdächtigen Person zu gelangen, versucht ein Streifenwagen, eine sich schließende Bahnschranke zu umfahren. Doch die zweite Schranke hat sich bereits geschlossen, ehe sie den Übergang verlassen können. Die Beamten verlassen fluchtartig das Fahrzeug, bevor es mit dem Zug kollidiert.

> Bei einer Vernehmungssituation greift ein Beschuldigter plötzlich zu einer auf dem Schreibtisch liegenden Schere und verletzt den Beamten damit. Michael Temme, Leitender Polizeidirektor (LPD) und Eigensicherungsbeauftragter im PP Köln, machte in seiner Begrüßung anhand dieser und weiterer Beispiele klar, wie wichtig das Thema Eigensicherung im Polizeiberuf ist.

»Eigensicherung
ist für
Polizisten eine
lebens-
notwendige
Strategie.
Es ist mehr
als das
Beherrschen
von Führungs-
und Einsatz-
mitteln, sondern
es ist eine
Frage der
Einstellung zum
Beruf.«

LPD Michael Temme

Hard- und Software müssen stimmen

Der Kölner Polizeipräsident Wolfgang Albers appellierte an die Besucher und Besucherinnen des Eigensicherungstags, ihre Schutzweste zu tragen: »Ich weiß, das ist nicht immer ein Vergnügen, besonders, wenn es heiß ist«, meinte er. Aber die ballistische Unterziehweste habe schon Vielen das Leben gerettet. Die Uniform macht eine Person in ihrer Funktion als Polizeibeamtin oder Polizeibeamten erkennbar. Die Dienstmütze mit dem Reflektorstreifen sorgt für eine bessere Sichtbarkeit, gerade in der Dunkelheit. Und ein äußerlich und sprachlich korrektes Auftreten ist Ausdruck von Professionalität, bietet keinen Ansatzpunkt für Aggressionen und erhöht die Hemmschwelle, sich respektlos zu verhalten. Es gelte, gerade im Alltag stets aufmerksam zu bleiben, denn, so der Polizeipräsident, »der Feind der Eigensicherung ist die Routine.« Bei der Eigensicherung bedingen sich nach seiner Auffassung eine gute »Hardware« (also eine schützende Ausrüstung, verbunden mit der Fähigkeit, damit kompetent umzugehen) und eine gute »Software« (also Polizisten und Polizistinnen, die Situationen richtig einschätzen und die sich in ihrem Handeln nicht von emotionalen, sondern von rationalen Gesichtspunkten leiten lassen).

Zahlreiche Polizisten und Polizistinnen in Uniform und Zivil, aber auch Einsatzkräfte der Spezialeinsatzkommandos und der Bundespolizei kamen schon zur Eröffnungsveranstaltung und hörten den Rednern aufmerksam zu – auch der Präsentation von Prof. Dr. Clemens Lorei, der sich wissenschaftlich mit dem »Jagdfeiber« unter Polizisten beschäftigte (s. Kasten Seite 6, Eigensicherung bei Verfolgungsfahrten). >



In NRW wird gerade die Polizeidienstvorschrift (PDV) 100 vs-nfd Teil k »Polizeiliche Einsatzfahrten unter Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten, Verfolgungsfahrten« überarbeitet. Eine Erkenntnis: Der Anlass einer Verfolgungsfahrt und das tatsächliche Fluchtmotiv stehen bei der überwiegenden Zahl der Sachverhalte in keinem vertretbaren Verhältnis zu den in Kauf genommenen Risiken und den Folgen (siehe Streife 04/05 2013, Seite 14).

➔ Mehr über Prof. Dr. Clemens Lorei erfahren Sie auf seiner Internetseite <http://www.lorei.de>. Per E-Mail erreichen Sie ihn unter clemens.lorei@hfpv-hessen.de.



Foto: Jochen Tack

EIGENSICHERUNG BEI VERFOLGUNGSAFARTEN

Wie verhalten sich Polizeibeamtinnen und -beamte (PVB) bei der Verfolgung eines Verdächtigen? Wie verfolgen sie ihn im Streifenwagen und anschließend zu Fuß? Bei wem ist das Ergreifen des Verdächtigen das einzige Ziel, dem alles andere im Moment untergeordnet wird? Wer entwickelt also ein »Jagdfieber«? Und wer reagiert besonnen und denkt bei einer Verfolgung an die Eigensicherung? Diesen Fragen ist Prof. Dr. Clemens Lorei von der Hessischen Fachhochschule für Polizei und Verwaltung in einer Studie nachgegangen, deren Ergebnisse er beim Eigensicherungstag des PP Köln vorstellte. Anlass für die Studie war eine Erkenntnis aus der polizeilichen Praxis, die Clemens Lorei so auf den Punkt brachte: »Häufig wird bei der Verfolgung eines Flüchtlings blind hinterhergerannt.« Dabei verfügten die PVB doch über defensive Handlungsalternativen, aber »Deckung suchen« werde nicht so oft trainiert wie das Schießen. Auch sei es sehr unbeliebt, einen Einsatz abubrechen und zu sagen: »Nein, das ist für eine normale Streife nicht mehr zu machen. Wir sichern die Situation, gehen aber nicht mehr weiter vor.« Den Grund für stürmisches und unüberlegtes Vorgehen in Verfolgungssituationen sieht er in übermotiviertem Handeln, das heißt: Die Handlungen der PVB gehen über das Ziel hinaus, das sie eigentlich wollen. Dieses Phänomen nennt er »Jagdfieber«. Clemens Lorei: »Das Verhalten im Jagdfieber ist nichts grundsätzlich Neues. Da wird das gemacht, was man vorher auch gemacht hat. Nur die Intensität ändert sich nach und nach. Man bleibt dran.« Und man merkt nicht, wie man sich selbst mehr und mehr gefährdet.

In der Studie stellte er sich unter anderem die Frage: Spielt die Distanz zu dem Flüchtlenden eine Rolle bei der Verfolgungsfahrt? Hatte es einen Einfluss, was vorher passiert ist, zum Beispiel, dass der Verfolgte die Beamtin bzw. den Beamten gelinkt hat?

DAFÜR WURDE FOLGENDER VERSUCH ANGESTELLT:

Mehrere Streifenwagen erhielten auf einem Übungsgelände die Aufgabe, einen Verdächtigen in einem Fahrzeug zu überprüfen. Dieser raste aber bei der Überprüfung davon. Der Streifenwagen nahm die Verfolgung auf. An einem Waldrand verließ der Verdächtige sein Fahrzeug und flüchtete ins dichte Unterholz. Das Ergebnis: Vier Prozent der Beamten haben sich gar nicht vom Fahrzeug entfernt, 16 Prozent sind nicht in den Wald gegangen. Die übrigen haben die Verfolgung zu Fuß aufgenommen. »Doch 28 Prozent haben einfach alles gegeben, um schnell in den Wald hereinzukommen – ohne das Fahrzeug zu durchsuchen oder sich intern abzusprechen«, berichtet Clemens Lorei. Dabei spielte die Entfernung zum Verdächtigen eine wichtige Rolle: »Wer nah dran war, ist fast ausnahmslos in den Wald gelaufen. Wer mehr Entfernung hatte, war vorsichtiger«, so der Polizeipsychologe. Es gab aber kein Racheverhalten für vorhergegangene Provokationen. Auch verhielten sich Männer nicht anders als Frauen und Ältere, Erfahrenere nicht anders als jüngere PVB.

Am Ende seines Vortrags gab Clemens Lorei allen Beteiligten konkrete Anregungen mit auf den Weg: Polizisten und Polizistinnen sollten sich mental mit den Zielen und den Abbruchkriterien eines solchen Einsatzes auseinandersetzen. Klare Auftragsformulierungen und das Aufzeigen von Handlungsalternativen sind dabei hilfreich. Auch kann eine gute Kommunikation im Streifenwagen verhindern, dass unkontrolliertes Jagdfieber ausbricht. Die Vorgesetzten sollten sich darüber klar sein, wann ein Einsatz für sie ein Erfolg ist: Ist das Ergreifen des Verdächtigen wirklich das einzige Kriterium? Und in der Aus- und Fortbildung sollten defensive Handlungsalternativen verstärkt trainiert werden.



»Der Feind der Eigensicherung ist die Routine.«

Polizeipräsident Wolfgang Albers, Köln

Eigensicherung im Alltag

Das Thema Eigensicherung hat in der Kölner Behörde eine hohe Priorität. »Am wichtigsten ist das Ausbilden von Gefahrenbewusstsein. Deshalb auch die Vielfalt bei diesem Eigensicherungstag. Wir zeigen hier die Breite an Gefahren auf und was für Reaktionsmöglichkeiten der Einzelne hat. Denn: Eigensicherung wird nicht nur in der von vornherein als gefährlich eingestuften Situation benötigt«, stellt Michael Temme fest. »Auch das Schaffen der persönlichen Voraussetzungen ist wichtig. Daher zum Beispiel auch der Appell, sich körperlich fit zu halten.«

Viele Kölner Polizisten und Polizistinnen nutzten die Chance, während ihrer Dienstzeit für eine oder mehrere Stunden vorbeizuschauen. »Wir haben den Tag extra so lang angelegt, damit sowohl der Spätdienst, der Frühdienst und möglicherweise auch der Nachtdienst vorbeikommen und sich informieren können«,

erläutert Polizeirat Michael Esser, der Sprecher des Qualitätszirkels und Leiter der Führungsstelle Verkehr im PP Köln.

Die Mitglieder des Qualitätszirkels sprachen ihre Kollegen und Kolleginnen ganz gezielt für die Teilnahme an diesem Tag an, und das mit Erfolg: So kam eine ganze Dienstgruppe von der Wache in Köln-Porz. Sie schauten sich den Überschlagsimulator des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) an und probierten auch selbst aus, wie es sich anfühlt, plötzlich kopfüber im Dienstwagen zu sitzen. Sie bekamen Tipps, wie man sich schnell aus solchen Situationen befreit. Der Simulator kommt beim Training von Spezialeinsatzkommandos des Landes zum Einsatz. Anschließend besuchte die Gruppe die Vorführungen der Hundestaffel. Denn der Einsatz der Hunde soll unter anderem vermeiden, dass Polizisten in körperliche Auseinandersetzungen hineingezogen werden. >

Qualitätszirkel schon seit 2004

Damit möglichst viele Menschen, die beim PP Köln arbeiten, sich schon präventiv mit den verschiedenen Facetten des Themas auseinandersetzen, gibt es im PP Köln seit 2004 einen »Qualitätszirkel Eigensicherung«.

Dieser Arbeitskreis erarbeitet Vorschläge zu taktischen Fragestellungen, zu Ausstattungsfragen (wie der Installation einer neuen Funkstreifenwagenkamera mit einem größeren Blickwinkel) sowie zu Fragen der Mitarbeiterinformation und Fortbildung. »Wir sind in vier Kompetenzteams aufgeteilt«, berichtet Michael Esser. Ausstattung, Taktik, Mitarbeiterinformation und Nachbereitung. »Mitglieder der Nachbereitungs-Teams gehen in die Nachbesprechungen außergewöhnlicher Einsatzverläufe, greifen die Themen ab und bereiten sie anonymisiert auf. Damit sich künftig Kolleginnen und Kollegen schützen können.« Was alles zum Thema Eigensicherung gehört, ist laut Michael Esser den wenigsten Kolleginnen und Kollegen bewusst. Er fordert: »Das Thema muss verstärkt in den Dienstunterrichten der einzelnen Organisationseinheiten aufgegriffen und dann auch gelebt werden.« Dabei müssten die Vorgesetzten ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

Aus der Arbeit des Eigensicherungszirkels ist auch das Programm des ersten Eigensicherungstags am PP Köln entstanden. Dafür wurden mehr als zwanzig Stände im Innen- und Außenbereich aufgebaut.

Beispiele aus der täglichen Praxis

Wichtig war Michel Esser und seinen Kolleginnen und Kollegen dabei eine große Nähe zur polizeilichen Praxis – und zwar von alltäglichen Situationen wie dem Umgang mit Menschen, die unter dem Einfluss von Drogen stehen oder die geistig verwirrt sind über die Vernehmung in einem Büro bis hin zum Umgang von Spezialeinsatzkommandos mit gewaltbereiten Gruppen.

Stefan Beuschel vom KK 43 (Taschen- und Trickdiebstahl) im PP Köln betreute einen Stand, an dem ein normaler Büroschreibtisch

zu sehen war. Er machte allen Besuchern des Eigensicherungstags klar: Alle spitzen Gegenstände, die auf einem Schreibtisch herumliegen, können in den Händen von Fremden schnell zu Waffen werden. »Optimal wäre ein Vernehmungszimmer, wie wir das im KK 43 in Köln haben. Das ist neutral und aufgeräumt. Aber wenn dieser Raum belegt ist, muss ich in meinem normalen Büro vernehmen«, berichtet Beuschel. »Es wäre gut, wenn man die Auswahl hätte: Je nach dem, mit wem man es zu tun hat, geht man in ein neutrales Vernehmungsbüro oder man nimmt die Person ins eigene Büro mit, wo man Zeugen auch schon einmal einen Kaffee anbieten kann.« In einem solchen Fall räumt er seinen Schreibtisch allerdings vorher immer soweit auf, dass keine Scheren oder Tacker offen auf der Arbeitsfläche liegen. Er nennt ein weiteres Beispiel: Was wird wirklich geschehen, wenn ein Beschuldigter in der Innentasche seiner Jacke nach seinem Ausweis sucht? Kann er dort nicht auch ein Messer versteckt haben? Diese Unsicherheit wird bleiben, meint Stefan Beuschel. »Wenn wir Haftsachen bearbeiten, werden die Beschuldigten grundsätzlich nach Waffen durchsucht. Andere Kommissariate haben jedoch Vorladungen. Und diese Personen werden nicht durchsucht.«

Im Außenbereich hatten Beamte der Bundespolizei ein großes Bahnstrommodell aufgebaut und erklärten, wann es zu Stromüberschlägen aus Oberleitungen kommt – immer durch Fälle aus der beruflichen Praxis belegt. Ein Beispiel: Streifenpolizisten verfolgten zwei verdächtige jugendliche Brüder auf ein Bahngelände. Erst wurde der eine Jugendliche durch einen Überschlag getötet, dann sein jüngerer Bruder, der ihm zu Hilfe eilen wollte. Die Polizisten wurden zum Glück rechtzeitig vor der Gefahr gewarnt, sonst hätte es in diesem Fall noch mehr Tote gegeben.

Ulrich Neudeck von der Kölner Autobahnpolizei informierte die Kollegen und Kolleginnen über die Gefahren, die auf die Beamten bei der LKW-Kontrolle zukommen können (s. Kasten Seite 9, Eigensicherung bei der LKW-Kontrolle). >



Fotos (2): PP Köln



Polizeihauptkommissar (PHK) Ulrich Neudeck führt seit vielen Jahren LKW-Kontrollen auf der Autobahn durch. Dabei ist die Eigensicherung für ihn ein wichtiges Thema: »Man muss beispielsweise höllisch aufpassen, wenn die Ladefläche geöffnet wird«, berichtet er. »Mir selbst ist im vergangenen Jahr beim Öffnen einer Ladefläche eine Kiste auf den Kopf gefallen, weil ich zu nah am LKW stand.« Im Hamburger Hafen wurde ein Kollege sogar von einem ungesicherten 200-l-Fass erschlagen.

Wer LKWs kontrolliert, muss nicht nur auf ungenügend gesicherte Ladung achten. Auch bei der Kommunikation mit den Truckern helfen relativ einfache Verhaltenstipps, um eine Eskalation zwischen den Beamten und den Truckern zu vermeiden. Seine wichtigsten Erfahrungen aus vielen Jahren praktischer Arbeit hat Ulrich Neudeck nun in einem kompakten Flyer mit dem Titel »Hinweise zur Eigensicherung bei der LKW-Kontrolle« zusammengefasst. Der Flyer füllt eine Lücke: »Es gibt bislang faktisch keine schriftlichen Ratschläge zu diesem Thema«, sagt Neudeck. Denn so gut es auch ist, wenn Tipps und Erfahrungen mündlich von erfahreneren Kollegen zu den Neuen weitergereicht werden: Es ist besser, wenn man gemeinsame Standards für alle beteiligten Beamten etabliert und untereinander kommuniziert. Sein Flyer erfüllt diese Funktion. Er wurde bereits auf dem Eigensicherungstag im April 2013 in Köln verteilt. »Außerdem hat der Leiter der Autobahnpolizei alle Autobahnwachen angeschrieben, dass die Hinweise zur Eigensicherung aus dem Flyer nachhaltig zu beachten sind«, berichtet Ulrich Neudeck.

HIER SIND EINIGE WICHTIGE TIPPS, DIE IM FLYER NÄHER ERLÄUTERT UND ILLUSTRIRT WERDEN:

- > Oft ist die Ladung nur schlecht gesichert und in sich völlig instabil. Deshalb sollte man immer den Fahrer die Ladefläche öffnen lassen.

Er kennt sich auch am besten aus, wo etwas hakt. Ulrich Neudeck: »Wir müssen uns in einem sicheren Raum bewegen, am besten drei bis vier Meter seitlich versetzt. Denn es kommt immer wieder Ladung von oben herunter.«

- > Auf der Ladefläche muss man auf Nägel, scharfe Kanten oder Spitzen von abgebrochenen Paletten achten, an denen man sich verletzen kann.
- > Wichtig ist, dass man seitlichen Abstand hält, wenn man auf eine LKW-Tür zugeht. Denn sie schwenkt knapp zwei Meter. »Wer zu dicht am Fahrzeug steht, bekommt sie vor den Kopf geknallt.« Man muss sich auch so stellen, dass die Tür nicht beispielsweise durch Wind wieder zufliegen kann. Auch liegen oft in der Tür des Fahrerhauses Brechstangen oder große Werkzeuge wie Hämmer oder Schraubenzieher, die als Waffen genutzt werden könnten. Die potenzielle Gefahr, die davon ausgeht, sollte man nicht unterschätzen.
- > Man sollte nicht einfach die Fahrertür aufreißen, sondern den Fahrer immer vorher ansprechen und fragen. »Dann hat man eine ganz andere Einstiegsmöglichkeit ins Gespräch«, meint Ulrich Neudeck. »Das Fahrerhaus ist ja sein Wohn- und Schlafzimmer, also ein persönlicher Raum. Wenn ich den Fahrer dort störe, kann er aggressiv werden.«
- > Ob eine LKW-Kontrolle gut läuft, hängt ganz davon ab, dass man mit den Fahrern ganz normal redet. In aller Regel sind die Fahrer kooperativ. »Die Trucker wollen ihre Ware schnell ans Ziel bringen und wissen ganz genau: Wenn sie sich weigern, mit der Polizei zu kooperieren, dauert es nur unnötig länger.« Deswegen lässt er sich auch immer direkt am Anfang der Kontrolle alle Dokumente aushändigen, die er benötigt. »Das ist für den Fahrer schneller und er hat dann auch keine Gelegenheit, wieder auf den Fahrersitz hochzugehen und sich dort eventuell zu verbarrikadieren.«

EIGENSICHERUNG BEI DER LKW-KONTROLLE



Den Flyer findet man im Intranet der Polizei NRW auf den Präventionsseiten des PP Köln. Kontakt: PHK Ulrich Neudeck, E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit.koeln@polizei.nrw.de

Die Waffenspezialistin Susanne Kemper vom ZA 27 des PP Köln führte diverse beschlagnahmte Messer und Pistolen vor und erläuterte, wo solche Waffen versteckt am Körper getragen werden (s. Kasten).

Das Ziel: Eine dauerhafte Sensibilisierung

Organisator Michael Temme ist sich sicher: »Viele Menschen, die den Tag besucht haben, werden darüber sprechen.« Der

Eigensicherungstag soll zu einer langfristigen Sensibilisierung aller Beschäftigten führen: »Wir versprechen uns einen Effekt über den reinen Tag hinaus, indem es Impulse für die Diskussionen in den Dienststellen gibt.« Jeder Dienstunfall, der sich auf diese Weise vermeiden lässt, ist den Aufwand wert. »Wenn wir ein paar mehr Kolleginnen und Kollegen durch solch einen Tag dazu anregen, nach einem Einsatz zu sagen: Lass uns doch den Einsatz mal betrachten – ich will gar nicht von dem formalen Wort »Nachbereitung« reden – dann war das schon ein Erfolg.« // **Walter Liedtke**

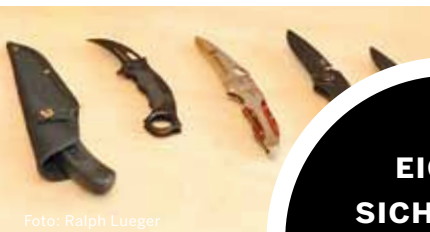


Foto: Ralph Lueger

EIGENSICHERUNG GEGEN MESSER-ATTACKEN

Der Kölner Polizeipräsident Wolfgang Albers probierte es beim Eigensicherungstag seiner Behörde selbst aus: Den Unterschied zwischen der

Kraft, die beim Spannen einer normalen Zwillen entsteht und der Kraft, mit der ein Wurfgeschoss von einer verbotenen Präzisionszwillen, die am Unterarm befestigt wird, losgeschleudert wird. Der Unterschied an Spannkraft ist enorm. Doch was ist verboten und was ist waffenrechtlich erlaubt? Und wie erkennt man das? Die Waffenspezialistin Susanne Kemper vom ZA 27 des PP Köln hatte ein Arsenal an vom KK 13 beschlagnahmten Waffen auf einem großen Tisch ausgebreitet und konnte zu jedem Stück der Sammlung Auskunft geben: Zu Pistolen, Zwillen, Messern und anderen Waffen. Das führte bei den Besuchern zu einigen Aha-Effekten. So können sich Messer im Griff eines anderen Gegenstands verbergen. Der Griff muss dann nur abgeschraubt werden und man hat das Messer in der Hand. Susanne Kemper gab auch Tipps für die Praxis. So sind Springmesser ab einer Klingenslänge von 8,5 cm verboten. »Ob ein solches Messer erlaubt oder verboten ist, das kann man schnell mit Hilfe seines eigenen Dienstausweises überprüfen. Der ist genau 8,5 cm lang.«

Die beschlagnahmten Messer unterscheiden sich stark in Form und Größe.

»Früher hatten die Gewalttäter sogenannte Gebrauchsmesser wie Springmesser und Butterflymesser dabei«, berichtet Susanne Kemper. Die sind mittlerweile ebenso verboten wie die sogenannten Einhandmesser. Für besonders gefährlich hält sie kleine Filetmesser oder Taschenmesser, die dicht am Körper getragen werden. Sie können beispielsweise in einer großen Gürtelschnalle versteckt sein. »Wenn Sie dann jemanden im Streifenwagen mitnehmen und haben das vorher nicht gesehen, kann es schnell gefährlich werden.« Dann muss der Verdächtige nämlich nur seinen Gürtel öffnen oder das Messer aus dem Gürtelschloss lösen und schon kann er zustechen.

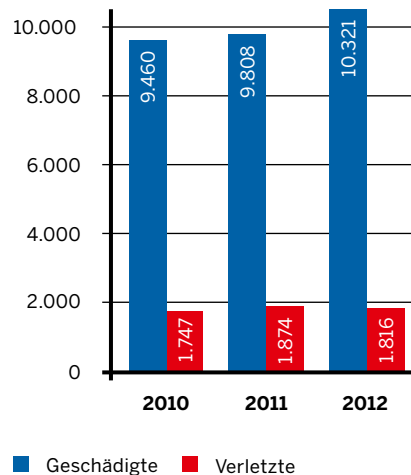
Das Thema »Messereinsatz« war auch Thema von mehreren praktischen Demonstrationen durch SEK-Kräfte auf der Bühne. Dabei wurde anstelle eines Messers mit einem farbigen Marker auf einen Beamten in einem weißen Schutzanzug eingestochen. Anhand der Farbpunkte des Markers konnte man sehen: Binnen weniger Sekunden setzte der Angreifer diverse Stiche in der Leistengegend, im Brust-, Hals- und Rückenbereich. Für die Eigensicherung besonders wichtig waren die Hinweise, wie ein Gewalttäter sein Messer verdeckt tragen kann: Zum Beispiel, indem er es geschickt unter seinen verschränkten Armen oder hinten im Hosengürtel trägt.

Mehr Geschädigte – aber weniger Verletzte Lagebild 2012: Gewalt seit drei Jahren auf gleichbleibendem Niveau

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der im Dienst von Gewalt, passivem Widerstand und Beleidigungen betroffenen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB) in NRW um 5,2 Prozent auf 10.321 Personen gestiegen. Dabei wurden 1.816 Beamtinnen und Beamte (minus 3,1 Prozent) verletzt, 15 davon schwer. 5.982 Vorgänge zeigen ein nicht zu vernachlässigendes Ausmaß an strafbaren Gewalthandlungen gegenüber der Polizei. Aber das Lagebild 2012 zeigt auch, dass die NRW-Polizei immer professioneller mit Gewalt umgeht. Das belegt nicht zuletzt die gesunkene Zahl der Verletzten. Die vorgelegten Zahlen bestätigen im Großen und Ganzen die Aussagen aus den Jahren 2010 und 2011.

Geschädigte Polizeibeamte

10.321 = 100 %

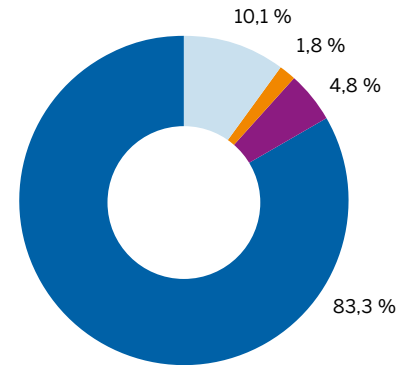


Durch Gewalthandlungen wurden im Jahr 2012 mehr PVB geschädigt, aber weniger verletzt.

Von den Gewalthandlungen ist vor allem der Streifendienst betroffen. 83,3 Prozent der Geschädigten sind im Streifendienst und 10,1 Prozent in einer Einsatzeinheit eingesetzt.

Geschädigte Funktionsbereiche

10.321 = 100 %



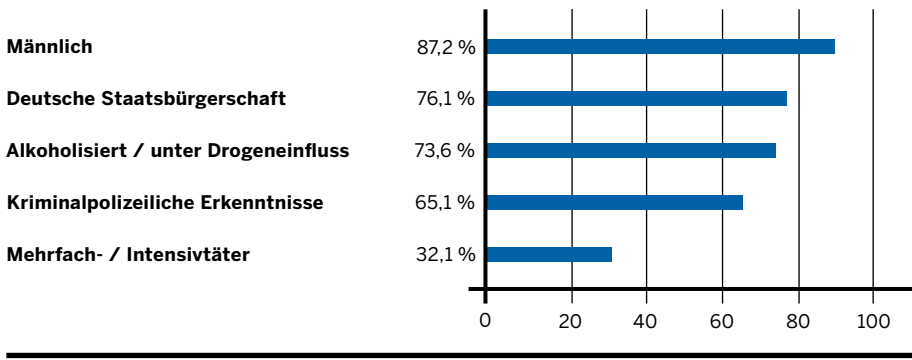
- Streifendienst
- Ermittlungsdienst / Kriminalpolizei
- Einsatzeinheit
- Sonstiger Funktionsbereich

Die meisten Gewalthandlungen erleben PVB in NRW im Streifendienst.

Die monatliche Verteilung der Vorfälle ist relativ ausgeglichen. Eine Spitze liegt im Februar (Karneval). Die Monate September bis Dezember liegen unter dem Durchschnitt. Bei der Verteilung auf die Wochentage dominiert wie im Vorjahr das Wochenende mit knapp 45 Prozent aller Vorgänge. Der tageszeitliche Schwerpunkt liegt zwischen 22:00 Uhr und 04:00 Uhr. Der typische Täter ist der junge deutsche Mann, der vorwiegend unter Alkoholeinfluss und alleine handelt. Jeder dritte Täter ist schon mehrfach mit ähnlichen Delikten aufgefallen. >

Tatverdächtige

Gesamtzahl = 6.237



Das Profil der Täter, die Gewalt gegen PVB ausüben.

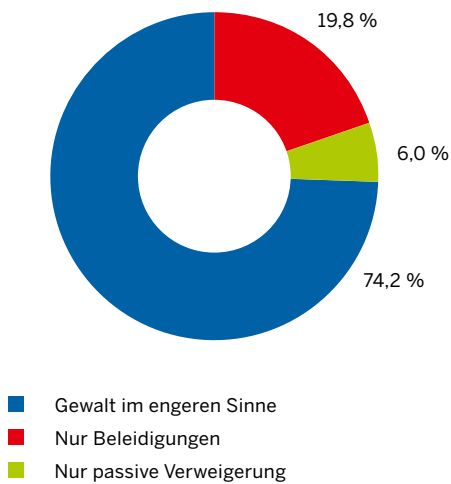
Überwiegend leichte Verletzungen

10.321 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte waren im Dienst von Gewalt, passivem Widerstand und Beleidigungen betroffen. 82,4 Prozent der Geschädigten sind in diesen Situationen unverletzt geblieben. Von den 1.816 Verletzten wurden 99,2 Prozent leicht verletzt. 1.597 Leichtverletzte blieben dienstfähig.

Die Palette der Verletzungen ist sehr breit: Am häufigsten wurden Hämatome, also Blutergüsse, genannt, aber die Geschädigten zogen sich auch Zerrungen, Verstauchungen und Bänderrisse zu oder in geringem Umfang auch Schnitt-, Platz- und Stichwunden (s. Grafik). Vorfälle wie die Messerstiche bei der Salafisten-Demonstration im Mai 2012 in Bonn bilden eine absolute Ausnahme.

Erfasste Vorgänge

5.982 = 100 %



Die im Lagebild 2012 erfassten Vorfälle von Gewalt gegenüber PVB.

Gewalt seit drei Jahren auf gleichbleibendem Niveau

Der vielfach in den Medien behauptete qualitative und quantitative Anstieg der Gewalt wird von den betroffenen Polizistinnen und Polizisten auch so empfunden. Die individuelle Wahrnehmung kann im Einzelfall durchaus zutreffen. Doch das Lagebild macht deutlich, dass sich die Gewalt in Nordrhein-Westfalen seit drei Jahren auf einem gleichbleibenden Niveau bewegt.

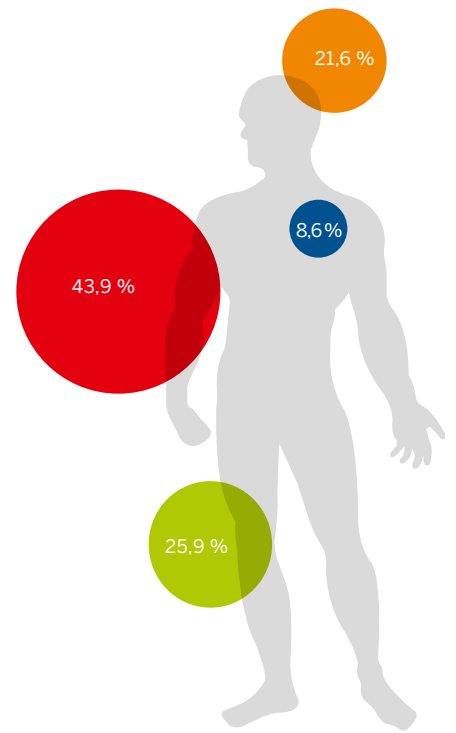
Knapp 6.000 Vorgänge zeigen ein nicht zu vernachlässigendes Ausmaß an strafbaren Gewalthandlungen gegenüber der Polizei. Im gleichen Zeitraum hat die Polizei in NRW 4,1 Millionen Einsätze bewältigt. Damit kam es nur bei 0,15 Prozent der Einsätze zu strafbaren Gewalthandlungen. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass es bei jedem vierten erfassten Vorgang ausschließlich zu einer Beleidigung oder passiven Verweigerung kam.

Das Lagebild erfasst nur strafbare Gewalthandlungen. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erleben jedoch daneben tagtäglich Aggressionen, Provokationen sowie Respektlosigkeiten unterhalb

der Strafbarkeitsschwelle. Wie die Beleidigungen und die passive Verweigerung handelt es sich hierbei nicht um Gewalt im engeren Sinne. Diese Verhaltensweisen gehen nicht spurlos an den Polizistinnen und Polizisten vorbei. Sie sollten aber nicht mit der Gewalt im engeren Sinne in einen Topf geworfen werden. Es besteht die Gefahr, den Begriff zu verwässern und in der notwendigen Diskussion nicht die richtigen Lösungen zu finden.

Die Polizei muss mit diesem Phänomen genauso professionell umgehen lernen wie sie heute schon mit Gewalt im engeren Sinne umgeht.

Verletzte Körperregionen



Arme, Beine und Kopf sind besonders gefährdet.

Eigensicherung, Deeskalation und konsequentes Handeln

Die NRW-Lagebilder zur Gewalt gegen PVB zeigen, dass die vielfältigen Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wirken und sie immer professioneller mit Gewalt umgehen. Denn trotz der festzustellenden Gewalt wurden nur wenige schwerwiegend verletzt. Die PVB haben gelernt, frühzeitig zu intervenieren, damit Situationen erst gar nicht aus dem Ruder laufen. Sie setzen sowohl auf Deeskalation und andere Maßnahmen zur Reduzierung oder Verhinderung von Gewalt als auch auf konsequentes

Einschreiten. Dass das so ist, zeigt beispielsweise das Polizeipräsidium Köln mit seinem »Tag der Eigensicherung« und seinem »Qualitätszirkel Eigensicherung«. Die Eigensicherung wird im polizeilichen Alltag gelebt. So trugen 91,4 Prozent der Geschädigten zur Tatzeit ihre Schutzweste.

Ergänzend zum Lagebild lässt die Führung der Polizei in NRW auch zu wichtigen Aspekten im Zusammenhang mit der Gewalt gegen PVB forschen: So hat das Innenministerium im April 2010 eine Projektgruppe eingerichtet, um eine eigene Studie zum Phänomen »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in

Nordrhein-Westfalen« unter wissenschaftlicher Begleitung vorzubereiten und durchzuführen. Im Frühjahr 2012 wurden im Rahmen der Studie alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in NRW zur erlebten Gewalt sowie den Themen Betreuung/Fürsorge, Aus- und Fortbildung, Einsatznachbereitung, Ausrüstung und Belastung befragt. Die »Streife« berichtete darüber ausführlich in ihrer Ausgabe 02/03 2013. Der Abschlussbericht der Studie wird gegen Ende 2013 erwartet. /// **Redaktion Streife**

Seit mehreren Jahren beschäftigen sich Polizei, Politik und die Medien intensiv mit der Gewalt gegen Polizeibeamte und -beamtinnen (PVB). Bis einschließlich 2009 fehlten geeignetes statistisches Datenmaterial und aktuelle kriminologische Erkenntnisse, um das Phänomen und die Entwicklung der Gewalt zuverlässig zu beschreiben. Deshalb erarbeitete eine Projektgruppe des Unterausschusses Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung (UA FEK) unter Federführung Nordrhein-Westfalens ein Raster als Grundlage für eine bundesweit einheitliche Datenerhebung. Das Landeskriminalamt (LKA NRW) erhebt mit diesem Raster seit 2010 die notwendigen Daten zur Tat, zur Einsatzsituation, zu den Tatverdächtigen und den geschädigten Polizeibeamten.

Datenquelle sind alle hierzu in IGVP (das ist das »Integrationsverfahren Polizei«, ein aktuelles Vorgangsbearbeitungssystem der Polizei NRW)

erfassten Vorgänge mit dem Schlagwort »Gewalt gegen PVB«. Der Erhebungsbogen wird mit dem Vorgang ausgedruckt und durch die geschädigten PVB selbst ausgefüllt. Der Bogen wird im Rahmen der Sachbearbeitung erforderlichenfalls ergänzt. Mit Abgabe des Vorgangs an die Staatsanwaltschaft werden die Daten des Erhebungsbogens durch die Kreispolizeibehörden (KPB) an zentraler Stelle in FISPOL (das ist das Führungs- und Informationssystem der Polizei NRW) eingepflegt. Die aus FISPOL exportierten Daten werden vom LKA ausgewertet und für das Lagebild aufbereitet. Stichtag für den Abschluss der Datenerfassung war der 15. Januar 2013.

Das LKA NRW hat auf dieser Grundlage das dritte Lagebild für Nordrhein-Westfalen erstellt. Damit liegt erstmals eine ausreichende Datenbasis für mehrere Jahre vor, um die Entwicklung der Gewalt bewerten zu können.

DAS LAGEBILD »GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTINNEN UND -BEAMTE«



Foto: Ralph Lueger



Führen vor der Festnahme Moderne Technik unterstützt Kommunikation in der Leitstelle und bei der Stabsarbeit

Ein Neubau am Polizeipräsidium in Dortmund vereint Leitstelle, Führungsraum und Gewahrsam seit April 2013 unter einem Dach. Zuständig sind die Einsatzkräfte für die Sicherheit der 660.000 Einwohner in Dortmund und Lünen sowie auf fast 1.000 Autobahnkilometern.

Als Einheit einer Paragraph-4-Behörde für den Regierungsbezirk Arnsberg mit 3,6 Millionen Einwohnern übernimmt der Ständige Stab im Führungsraum bei besonderen Einsätzen eine über die Stadtgrenzen weit hinaus reichende Verantwortung. Die Crew von Raumschiff Enterprise war in ihrer fliegenden Kommandozentrale im Vergleich zur supermodernen Leitstelle der Dortmunder Polizei eine Krabbelgruppe. Und der für zwölf Millionen Euro vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW errichtete Neubau ist keine verfilmte Fiktion, sondern Wirklichkeit – die nun ihre Funktionstüchtigkeit für ca. 230.000 Notrufe pro Jahr beweisen muss.

Dynamik auch im Trockenen spürbar

Vier Monitore pro Arbeitsplatz, dazu kommen Leinwände, Karten, und wandhohe Tafeln: Die Dynamik einer Ruhrgebiets-Großstadt mit Autobahn-Zuständigkeit ist

nicht nur im Wach- und Wechseldienst auf der Straße, sondern auch in der Leitstelle und im Führungsraum spürbar. Ob Unfälle mit Verletzten, Gefahrenstellen im Straßenverkehr, Ruhestörungen, Raub, Einbrüche, verdächtige Personen und Großeinsätze bei Fußballspielen oder Demonstrationen: In der ersten Etage des Neubaus ist es an den 10 (+2) Arbeitsplätzen der neuen Leitstelle selten ruhig.

Dafür sorgen allein schon weit über 200.000 Einsätze im Jahr in Dortmund und Lünen. Arbeiten Leitstelle und Streifenteams perfekt zusammen, setzt sich diese Unruhe bis ins Erdgeschoss fort: In den 42 ebenfalls neuen Einzel- und drei Sammelzellen ist nach Festnahmen Platz für fast 200 Gefangene, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. In speziell für Ermittlungsrichter und Staatsanwaltschaft eingerichteten Räumen entscheidet die Justiz über Haft oder Heimweg.



EPHK Werner Schwarz, Leiter FLD/LST

Im Alltag das Besondere beherrschen

Komplizierter ist die Lage, wenn größeres Unheil droht oder bereits eingetreten ist: Der Erste Polizeihauptkommissar Werner Schwarz (59) verfügt über 55 speziell ausgebildete Beamtinnen und Beamte, die im Leitstellen-Alltag schnell auch auf das Besondere umschalten können müssen. »In der Phase 1 sind wir immer mit im Boot, wenn im Regierungsbezirk Arnsberg besondere Einsätze anstehen«, sagt Schwarz über Entführungen, Geiselnahmen, spektakuläre Überfälle und ähnliche Gefahren. »Wir bauen dann eine Besondere Aufbauorganisation auf und übergeben im Weiteren bei diesen großen Lagen an den Polizeiführer mit seinem Führungsstab der Phase 2.«, erläutert der EPHK die Paragraph-4-Funktion, die neben Dortmund auch die Präsidien in Bielefeld, Münster, Essen, Düsseldorf und Köln erfüllen müssen.

Nicht alle Leitstellen der Kreispolizeibehörden sind personell und organisatorisch in der Lage, größere Gefahren- und Schadenslagen und besonders schwere und gemeingefährliche Straftaten zu bewältigen. Im Regierungsbezirk Arnsberg übernimmt in einem solchen Fall die Leitstelle Dortmund die Einsatzführung. »Als Leitstelle Union bewerten wir die Lage nicht



Fotos (3): Peter Bandermann

mehr. Wir nehmen die Bewertung der Kollegen vor Ort in die Hand und arbeiten damit weiter«, berichtet Werner Schwarz über die wichtigen ersten Minuten, in der die Einsatzentscheidungen für die Polizei auf der Straße und der Aufbau einer Besonderen Aufbauorganisation (BAO) parallel ablaufen.



PD Andreas Wien, L/STST

Hektik in der Phase 1

Der Dienstgruppenleiter und vier weitere Leitstellen-Beamtinnen und Beamte halten in dieser hektischen Phase 1 das Heft in der Hand, bis der Polizeiführer im benachbarten Stabs- und Führungsraum den Einsatz übernimmt. Die neue Technik in der Leitstelle und der auf bestmögliche Kommunikation ausgerichtete Zuschnitt der Räume unterstützen die taktischen Entscheidungen besser als vorher.

»Wir müssen aus dem Stand schnell reagieren können«, sagt der Leiter des Ständigen Stabs in Dortmund, Polizeidirektor Andreas Wien, über den Zeitdruck, der in BAO-Lagen auch die kleineren Leitstellen am Tatort betrifft. Deshalb trainiert der Ständige Stab in Dortmund die Zusammenarbeit mit Leitstellen in kleineren Städten bis zu zehn Mal im Jahr. Nach dem RAF-Terror in den 1970er-Jahren und Geiselnahmen, wie 1988 in Gladbeck, wurden

die Ständigen Stäbe in NRW gegründet. Im Langzeitüberblick hat sich das Geschäft seither verändert. »Anschläge haben wir in dieser Zeit meist mit dem Nahen Osten verbunden«, erinnert sich der 51-Jährige an die Nachrichtenlage in den 1980er- und 90er Jahren.

Klimawandel auch bei der Polizei

Dann veränderten die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 die Welt – mit Folgen für das strategische Denken in den Ständigen Stäben der NRW-Polizei. Auch Amoktäter zwangen zu neuem Denken. Das Demonstrationsrecht der Demokratie ist eine Herausforderung auch für die Polizei: 2012 musste sie allein in Dortmund 306 Versammlungen begleiten. Nach Kyrill und Co. lautet Andreas Wiens Prognose für den Klimawandel: »In Zukunft beschäftigen wir uns im Führungsraum stärker denn je auch mit den Folgen von Wetterkapriolen.«

Für die optimale Arbeit und Kommunikation im Führungsraum hat der Ständige Stab in Dortmund seine unter Polizeidirektor Uwe Thieme gewonnenen Erfahrungen der vergangenen Jahre in die Baupläne einfließen lassen. Die von mehreren Universitäten wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnisse über Kommunikation in der Führungs- und Stabsarbeit sind durch den Neubau noch einmal optimiert worden. Unikat ist die zuvor schon bewährte »Niere«: Ein für optimale Sicht und Akustik entwickelter Tisch mit 28 Arbeitsplätzen, an dem alle Informationen zusammenlaufen.

Leistungsfähig auch in Extremsituationen

Im Tisch versenkbare PC-Monitore sowie Großbildschirme unter den Decken und

an den Wänden ermöglichen zeitgleich die visuelle Information aller Arbeitsplätze. Der technische Aufwand für dieses Einsatz-Gehirn ist gewaltig – und zwingend notwendig. »Denn wenn es rappelt, dann rappelt es richtig«, sagt der Leiter des Ständigen Stabs in Dortmund, Polizeidirektor Andreas Wien (51), über die Voraussetzungen für eine auch in Extremsituationen leistungsfähige Polizei. Seine Feuerprobe hat der neue Führungsraum bereits bestanden. 2.000 Einsatzkräfte mussten am 30. April und 1. Mai 2013 sieben Demonstrationen mit insgesamt 12.000 Teilnehmern bewältigen. Die Fäden liefen in der ersten Etage des Neubaus neben dem Präsidium zusammen. Unter den 12.000 Kundgebungs-Teilnehmern gab es dank präziser Kommunikation innen wie außen nur sieben Festnahmen. Unter dem Führungsraum, im Gewahrsamstrakt, blieb es an beiden Tagen – anders als an einem Samstagabend – recht ruhig. Ziel erreicht. /// **Peter Bandermann**

PARAGRAPH-4-BEHÖRDEN

Nach § 4 der Kriminalhauptstellenverordnung (KHSt-VO) sind in NRW sechs Kriminalhauptstellen für die Bearbeitung besonders schwerer Delikte zuständig: in Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster. Sie ermitteln und sind in der Gefahrenabwehr tätig, beispielsweise bei besonderen Gefahrenlagen wie Geiselnahmen, Anschlägen oder Amoktaten.

Ein Tag der Arbeit auch für die Polizei Demonstrationen in Dortmund

Ein Bericht des Dortmunder Journalisten
Peter Bandermann

Der 1. Mai 2013 war für die Landes- und Bundespolizei in Dortmund ein besonderer »Tag der Arbeit«. 2.000 Einsatzkräfte bewältigten innerhalb von 24 Stunden acht Demonstrationen. Schon am Vorabend musste die Polizei eine Neonazi-Demonstration begleiten. Für die Gewerkschaften stand der Tag der Arbeit selbst unter einem besonderen Vorzeichen.

»Der Überfall vom 1. Mai 2009 steckt uns noch heute in den Knochen«, erinnerte die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in der Region Hellweg, Jutta Reiter, an ein vier Jahre zurück liegendes Ereignis, das der DGB und die Polizei in ihren Einsatzplänen für den aktuellen Mai-Feiertag berücksichtigen mussten. Damals hatten 400 Rechtsextremisten friedliche Gewerkschaftler und auch Polizisten angegriffen.

2013 sollte sich das nicht wiederholen. Der Schutz der DGB-Demonstranten hatte für die Polizei höchste Priorität. Denn der Dortmunder Hauptbahnhof war – in

direkter Nähe zu einer DGB-Auftaktkundgebung mit anfangs 3.500 Teilnehmern – der Treffpunkt für 450 Neonazis, die in der Stadt demonstrieren wollten. Ebenfalls in Bahnhofs-Nähe hatten sich 800 Mitglieder antifaschistischer Organisationen versammelt, um gegen Nazis zu protestieren. Zeitgleich waren 10.000 Menschen auf dem Weg in den Dortmunder Westfalenpark, wo der DGB traditionell sein Kultur- und Familienfest ausrichtete.



Neonazi-Kundgebung am Stadtrand

Vergeblich hatte das Dortmunder Polizeipräsidium ein Versammlungsverbot verfügt. Letztlich wurde das Verbot vom Oberverwaltungsgericht Münster aufgehoben, die Polizei musste die Neonazis durch einen Stadtteil fernab der DGB-Kundgebung führen. Hundertschaften riegelten die Neonazis hermetisch ab, um so die befürchteten Zusammenstöße mit Antifa-Organisationen zu verhindern.

Es gab vier Leichtverletzte und sechs Festnahmen – dieser Großeinsatz ging also glimpflich aus. Das Konzept, den Nazi-Aufmarsch strikt gegen Störversuche abzuschotten, erwies sich als richtig. Bürgerliche Nazi-Gegner hatten auf Protestaktionen in Sichtweite zu den Rechtsextremisten verzichtet. Gemeinsam mit dem DGB konzentrierten sie sich auf Gewerkschafts-Themen aus der Arbeitswelt und die Sozialpolitik in Deutschland.

Was Rechtsextremismus anging, stand für den DGB an diesem Tag nicht der Protest, sondern die Erinnerung im Vordergrund. Vor dem großen Familienfest im Westfalenpark mit 10.000 Gästen informierte der Gewerkschaftsbund in der Innenstadt über die Zerschlagung der Gewerkschaften in Dortmund durch die Nationalsozialisten vor 80 Jahren. Das

Nazi-Regime ließ Betriebsräte auch in Dortmund verfolgen, festnehmen, und foltern. Die DGB-Vorsitzende Jutta Reiter über den Protest ohne direkten Kontakt zu Neonazis: »Wir wollten zeigen, wohin Rechtsextremismus führen kann.« Von der Nazi-Demonstration in Dortmund nahm kaum ein Bürger Notiz. // **Peter Bandermann**

Die Dortmunder Polizei hatte die von zwei Nazi-Demonstrationen betroffene Anwohner mit 5.000 Flugblättern über die bevorstehenden Einsätze am 30. April und 1. Mai informiert. Polizeipräsident Norbert Wesseler erläuterte darin nicht nur die Einsatzziele der Polizei. Er warb auch »für ein friedliches und weltoffenes Dortmund«. Für Fragen wurde ein Bürgertelefon eingerichtet. Während der Demonstrationen informierte die Polizei auf ihrer Facebook-Einsatzseite (<http://www.facebook.com/pages/Polizei-Dortmund-Einsatz/466394926714456>) über aktuelle Ereignisse. Dazu gehörten Appelle zu ausschließlich friedlichem Protest, kurze Fakten über Festnahmen und aktuelle Straßensperren.



Foto: Peter Bandermann



Fotos (7): Jochen Tack



Wirksamer Katastrophenschutz dank neuer Rettungswagen Die sechste IPOMEX-Messe in Münster zeigte Technik und diskutierte Strategien

Funkstreifenwagen und Rettungsfahrzeuge eilen mit Blaulicht und Martinshorn heran, als sei der Verkehrsunfall echt und erst vor wenigen Minuten passiert. Mehrere Autos haben sich scheinbar ineinander verkeilt. Die Szenerie ist in Blaulicht getaucht, das Martinshorn lässt Zaungäste neugierig aus den umliegenden Bürogebäuden schauen.

Die nachgestellte Massenkarambolage ist nur eine der Vorführungen, die auf der diesjährigen IPOMEX vom 16. bis 18. April in Münster viele Zuschauer anzog. Selbst erfahrene Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, Rettungssanitäter und Freiwillige von Rettungsdiensten ließen sich erklären, wie die Abläufe bei derartigen Großlagen vor Ort sind.

Die Demonstrationen um den nachgestellten Massenunfall gehörten zu den Aktivitäten, mit denen sich die Polizei NRW auch in diesem Jahr wieder mit seinem eigenen Stand auf der Messe präsentierte. Die IPOMEX war wieder einmal mit starker Unterstützung des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP) und des Polizeipräsidiums (PP) Münster vorbereitet und umgesetzt worden. Schirmherr der hochkarätig besetzten Veranstaltung war NRW-Innenminister Ralf Jäger.

Neben der Unfallaufnahme eines Massenunfalles durch das PP Münster gab es Vorführungen zur Diensthunde-Ausbildung, einen umfangreichen Parcours zum Gesundheitsmanagement und einen eigenen Standbereich mit verschiedenen Informationsangeboten des LAFP, des Landeskriminalamtes und des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD). Alle Vorführungen und Stände waren vor allem am zweiten Messetag gut besucht und es

kam zu vielen intensiven Fachgesprächen mit den Besuchern, die teilweise von weither angereist waren.

Großer Ausstellungsbereich

Auf der IPOMEX in der Halle Münsterland zeigten rund 130 Aussteller an den drei Tagen neueste Ausrüstungstechnik für die Polizei sowie für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Auf großes Interesse stieß das »Polizeifahrzeug mit Zukunft« mit all seinen technischen Raffinessen. Workshops und Vorträge befassten sich darüber hinaus mit Taktiken bei der Bewältigung von Einsatzlagen.

Insgesamt informierten sich rund 3.000 Fachbesucher in Münster. Die meisten Aussteller zeigten sich sehr zufrieden mit der Resonanz an ihren Ständen. Projektleiter Thomas Arabin von der Halle Münsterland betont, dass für die meisten Aussteller aber die Anzahl der Besucher weniger wichtig ist als qualifizierte Fachgespräche. »Gerade dort, wo es auf Orders und Bestellungen ankam, war man mit der Messe zufrieden, denn einige Einkäufer aus anderen Ländern waren eigens auf die Messe gekommen.«

Ein Blackout und seine Folgen

Als neue Fachtagung im Rahmen der IPOMEX wurde die »KRIFA – Fachtagung Kritische Infrastruktur« ins Leben gerufen. Bei der Premiere mit mehr als 200 Teilnehmern ging es um einen Blackout und seine Folgen – und wie ein solches Ereignis im Zusammenspiel von Polizei, Rettungsdiensten, Feuerwehren, Technischem Hilfswerk, Behörden und der Sicherheitswirtschaft zu bewältigen ist. Die Kooperation zwischen der Fachtagung und der >



Fotos (5): Jochen Tack

»Ohne Ihren Einsatz wären die besten Geräte nutzlos.«

Innenminister Ralf Jäger

Messe hat sich schon beim ersten Mal ausgezahlt. »Wir hatten dadurch viele hoch qualifizierte Fachleute vor Ort«, bestätigt Thomas Arabin. Seiner Meinung nach habe sich das Konzept bewährt und man hoffe in Zukunft »weitere hochkarätige Veranstaltungen an die IPOMEX zu binden«.

»Die Versorgungssicherheit ist eigentlich hoch«, betonte Thomas Petermann vom Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag auf der KRIFA – was allerdings niemanden in Sicherheit wiegen sollte. Denn tritt das Unwahrscheinliche ein, sind die Folgen gravierend. »Unsere Wissens- und Kommunikationsgesellschaft existiert dann nicht mehr«, erklärte er. Nicht nur Internet und Telefon fallen aus, auch der Verkehr steht still. Das Chaos auf den Straßen werde auch die Rettungskräfte behindern, die zudem ihre Fahrzeuge nicht mehr betanken könnten. Von »hilflosen Helfern« sprach Petermann. Auch der Bargeldverkehr breche zusammen, was zu Streit und Unruhe in der Bevölkerung führen könne, Plünderungen inklusive. Reichen 5.200 Notbrunnen in Deutschland, um die Trinkwasserversorgung aufrecht zu erhalten? Wer kümmert sich um die 60.000 Dialysepatienten?

Antworten auf diese Fragen suchten die Experten, von denen einige aus ihrer Praxiserfahrung mit großflächigen Stromausfällen berichteten, darunter Feuerwehr-Vertreter aus Berlin und Hannover. Auch das Schneechaos 2005 im Münsterland war ein Thema. Hier waren viele Menschen sieben Tage lang ohne Elektrizität. Deutlich wurde: Vor allem mit intensiver Zusammenarbeit lassen sich die Folgen eines Blackouts bewältigen.

35 moderne Rettungswagen übergeben

Ein Höhepunkt der IPOMEX war der Besuch von NRW-Innenminister Ralf Jäger, der im Rahmen der Messe 35 moderne Gerätewagen an das Deutsche Rote Kreuz, den Arbeiter-Samariter-Bund, die Johanniter-Unfall-Hilfe und den Malteser Hilfsdienst übergab. Er verband dies mit seinem Dank an die freiwillige und ehrenamtliche Arbeit der Rettungskräfte im Land: »Ohne Ihren Einsatz wären die besten Geräte nutzlos«, betonte Jäger. Gleichzeitig versicherte er: »Nichts von dem, was Sie leisten, nehme ich als routinierte Selbstverständlichkeit hin. Vielmehr bin ich mir der Bedeutung Ihres

Einsatzes im Dienste der Allgemeinheit sehr wohl bewusst. Hierfür sage ich Ihnen stellvertretend für die Menschen in unserem Land herzlichen Dank.«

Dass ein wirksamer Katastrophenschutz ein gemeinsames Engagement von Bund und Ländern voraussetzt, betonten auch Ministerialdirektor Norbert Seitz vom Bundesministerium des Innern und Christoph Unger, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK).

Das BKK stellt den Ländern die Fahrzeuge als Teil des ergänzenden Ausstattungskonzeptes des Bundes für den Einsatz im Katastrophenschutz und in Erfüllung seiner Zivilschutzaufgaben zur Verfügung. Die 35 Rettungswagen sind etwa die Hälfte der Flotte, die an die nordrhein-westfälischen Organisationen weitergegeben werden sollen.

Diese Gerätewagen transportieren von Sauerstoffkästen über Stromerzeuger bis hin zur Zeltheizung mit Fernthermometer alles, was Rettungskräfte beim Großeinsatz benötigen: In den Gerätewagen für den Sanitätsdienst ist Platz für die komplette Ausrüstung, immerhin weit über 100 einzelne Teile. Der Clou: Die Gerätewagen sind auf dem aktuellen Stand der Ausrüstungstechnik und zudem bundesweit einheitlich ausgestattet. // Redaktion Streife

@ Geht es nach dem eingeführten Veranstaltungsrhythmus, dann soll die nächste IPOMEX vom 14. bis 16. April 2015 in Münster stattfinden.

Einen Rückblick finden Sie unter:

<http://www.ipomex.de/de/home/rueckblick-2013>





Auf Knopfdruck einsatzbereit Die Einsatzplanungs-Software CEKON

Im entscheidenden Augenblick kommt es auf exakte Informationen und auf einen schnellen Überblick an. Das gilt insbesondere für die Landesleitstelle beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen (LZPD NRW) und für die Einsatzführungen in den Kreispolizeibehörden. Sie müssen zu jedem Zeitpunkt wissen, auf welche Kräfte sie bei einer entsprechenden Einsatzlage setzen können. CEKON heißt die neue Anwendung, die online ein computergestütztes, landesweites Einsatz- und Kräftelagebild erlaubt.



Fotos (2): Jochen Tack

Sie ist in der Bundesrepublik einzigartig und erspart den örtlichen Polizeiführern manchen zeitraubenden Anruf. Die neue Softwarelösung CEKON ermöglicht einen aktuellen und exakten Überblick über sämtliche im Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehenden polizeilichen Kräfte. Erfasst sind alle Einheiten der Bereitschaftspolizei sowie sämtliche Spezialeinheiten, das Mobile Einsatzkommando (MEK), die Spezialeinsatzkommandos (SEK) sowie Personenschützer, Reiterstaffel, Polizeihubschrauber und Diensthundführer. Damit lässt sich mit einem Blick klären: Wo und in welcher Größenordnung können im konkreten Bedarfsfall zusätzliche Spezialkräfte angefordert und eingesetzt werden? Wie viele Kräfte stehen überhaupt zur Verfügung? CEKON ist nach einer Pilotphase eingeführt worden und gerade landesweit an den Start gegangen.

Was bis vor kurzem noch in verschiedenen anderen Planungstools abgebildet wurde und mitunter auch noch telefonisch nachgefragt werden musste, findet jetzt in einer einzigen Softwarelösung Platz. In Echtzeit und buchstäblich bis auf die letzte Frau und den letzten Mann. Denn, was bei der Bewältigung einer Lage zählt, sind die tatsächlich vor Ort verfügbaren Kräfte.

Individuelle Zugriffsberechtigungen

Entwickelt worden ist die neue Anwendung CEKON beim LZPD NRW in Duisburg. »Unsere Lösung bietet alle notwendigen Informationen, so dass sie den Polizeiführern ihre Einsatzplanung und Einsatzkoordination wesentlich vereinfachen wird«, ist sich Melanie Fraas, die IT-Verfahrensverantwortliche beim LZPD NRW, ganz sicher. »Alle relevanten Daten werden nämlich nun in einer einzigen Datenbank erfasst und stehen allen Dienststellen für ihre Planungen zur Verfügung.«

Mit einem Blick auf eine bereitstehende Maske sieht jeder, der in einer Polizeibehörde für Einsätze und deren Koordination verantwortlich ist, auf seinem Bildschirm, wer überhaupt zum gegenwärtigen Zeitpunkt greifbar ist und hinzugezogen werden kann. Dafür gibt es unterschiedliche Zugriffsberechtigungen. Denn jeder soll speziell auf die Informationen zugreifen, die für die Bewältigung einer Lage in seinem Entscheidungsraum wichtig sind. Für die Landesleitstelle beim LZPD NRW in Duisburg ist dieses Planungstool für die Vorplanung sowie die zentrale Koordination von Kräften beispielsweise bei einer Geiselnahme oder einer Ringfahndung inzwischen bereits unverzichtbar.

Einfach zu bedienen

Jede Organisationseinheit muss täglich ihre exakte Einsatzstärke melden und alle Veränderungen ebenfalls zeitnah einstellen. »Wir haben die Bedienung trotz der umfangreichen Funktionalitäten recht einfach gehalten. Nur mit wenigen Mausklicks und ein paar Stichworten wird ein neuer Einsatz eingestellt«, erklärt Melanie Fraas und verdeutlicht parallel in einer Schulungsversion, wie einfach CEKON zu bedienen und wie übersichtlich das Ganze ist. »Auf Knopfdruck sind sogar besondere Einsatzkräfte einsatzbereit. Hat man sie hier für einen gewissen Zeitraum reserviert, stehen sie anschließend natürlich für weitere Anforderungen zu dieser Zeit nicht mehr zur Verfügung.« Auch die bereits im Vorfeld für bestimmte Einsatzlagen in Bereitschaft versetzten Kräfte sind erkennbar. »Jeder Nutzer sieht beispielsweise gleich, wie an einem bestimmten

Tag die Vorplanung aussieht und aus welchen Kräften sich an einem Samstag die Begleitung sicherheitsrelevanter Fußballspiele zusammensetzt.« Sollte sich der Anwender bei einer Eingabe einmal verschreiben, so macht ihn eine automatische Plausibilitätsprüfung auf seinen Fehler aufmerksam.

Ampelkennzeichnung für Einheiten der Bereitschaftspolizei

Eine einfache und leicht verständliche Ampel-Lösung reicht aus, um sofort zu sehen, wo und wie sämtliche Bereitschaftspolizeihundertschaften in Nordrhein-Westfalen im Bedarfsfall angefordert werden können. Nur die mit »Grün« markierten Kräfte sind direkt einsatzbereit. »Rot« dagegen sind jene Kräfte gekennzeichnet, die gerade wegen eines Einsatzes nicht verfügbar sind. Die Farbe »Gelb« zeigt an, wie viele Beamtinnen und Beamte zur Zeit gerade in einer Schulung sind und nötigenfalls einsatzbereit wären, mit »Blau« sind alle Kräfte gekennzeichnet, die sich in der Landeseinsatzbereitschaft (LEB) befinden.

»Übrigens lässt sich CEKON nicht nur für die Planung und Koordinierung der Kräfte nutzen, sondern bietet zugleich vielfache Auswertungsmöglichkeiten«, erläutert Klaus Dening, der das Projektmanagement für die Entwicklung von CEKON verantwortet. »Mit bestimmten Filtern kann nach Standorten, Einheiten und nach Anlässen differenziert werden sowie die Einsatzzeiten in Tabellen dargestellt werden. Auch das bringt für die Administration viele Erleichterungen mit sich.«



Anwender waren in Planung einbezogen

Bei der Entwicklung sind die spezifischen Anforderungen jeder Organisationseinheit und die Wünsche der Fachanwender weitgehend berücksichtigt worden. Bereits in der Vorplanung sind diese für die Entwickler und Programmierer in das sogenannte Lastenheft aufgenommen worden. Außerdem waren die Fachanwender in den Testphasen immer wieder eingeladen, die Funktionalitäten im Detail auszuprobieren und zu testen. »Das hat sicherlich die große Akzeptanz mit sich gebracht, die unsere Software bereits kurz nach ihrer Einführung genießt«, schätzt Klaus Dening.

Neben der differenzierten Darstellung für die Spezialeinheiten gibt es weitere Besonderheiten. So haben etwa alle Diensthundführer im Land einen direkten Überblick über ihre Kräfte, denn diese müssen im Einzelfall sofort in der Lage sein, weitere Kolleginnen und Kollegen bei einem Einsatz hinzuzuziehen.

Stellvertretend für die Diensthundführer im Land zeigt sich Polizeihauptkommissar

(PHK) Jürgen Eckloff aus Warendorf mit dieser Besonderheit in CEKON sehr zufrieden. Denn er weiß mit einem Blick auf die Vorplanung, wo er beispielsweise am nächsten Tag zusammen mit »Nitro«, seinem Sprengstoffspürhund vorgesehen ist.

»Wir haben in CEKON alle möglichen Spezialfälle berücksichtigt, die im Land auftreten können«, hofft die IT-Verfahrensverantwortliche Melanie Fraas. »Deswegen haben wir uns nach der Entscheidung, eine solche Software zu entwickeln, viel Zeit gelassen, um die ganze Komplexität der Anforderungen in eine einzige, einheitliche Lösung zu integrieren.« ///

Redaktion Streife

Handeln statt wegschauen Landespreis Zivilcourage 2012: Acht Helfer ausgezeichnet



Fotos (4): Jochen Täck

Beherztes Handeln, schnelles Eingreifen und selbstloses Helfen sollte Schule machen. Immer dann, wenn andere in Gefahr oder in Bedrängnis geraten sind und unsere Hilfe brauchen.

NRW-Innenminister Ralf Jäger möchte mehr Menschen im Land dazu ermuntern, mutig zu sein und schnell einzugreifen. In jedem Jahr zeichnet das Land deswegen Bürger mit dem »Landespreis für Zivilcourage« aus, deren Handeln im zurückliegenden Jahr

vorbildlich war. »Sie beweisen Mut, indem sie bei Unrecht hinsehen, couragiert einschreiten und anderen helfen«, bestärkte Jäger die Ausgezeichneten bei der Preisverleihung. So auch Birgit Grömping aus Borken, die vor einem Jahr Mut bewiesen hat und mit ihrem schnellen und selbstlosen Eingreifen eine nächtliche Vergewaltigung verhindern konnte. Für die 55-jährige Sonderschul-Pädagogin stellt sich gar nicht erst die Frage, ob sie in einem solchen Fall helfen soll oder nicht. Selbstverständlich würde sie heute wieder ganz genauso einschreiten.

Gefreut hat sich die resolute Pädagogin dennoch, als sie von ihrer Auszeichnung erfuhr und zur Preisverleihung nach Düsseldorf eingeladen wurde. »Nur der Medienrummel, der durch die Preisverleihung ausgelöst wurde, der war mir nicht ganz geheuer«, lacht sie. Der war wie ein Überfall. Die Lokalzeitung wollte ein Interview mit ihr. »Und plötzlich sah ich mich vor einer Kamera stehen und in ein Mikrofon sprechen.«

Birgit Grömping erinnert sich noch lebhaft an die Nacht im Juni des vergangenen Jahres, als sie durch merkwürdige dumpfe Klopfgeräusche aus dem Tiefschlaf gerissen wurde. Es war zwischen drei und vier Uhr am Morgen, als Schläge auf eine Motorhaube sie aufweckten. »Ich war noch völlig schlaftrunken, ging aber trotzdem ans Fenster«, erzählt die Pädagogin. »Ich traute meinen Augen nicht, als ich im Garagenhof einen Mann und eine Frau in einem Kampf entdeckte.« Der Mann machte sich in offenbar eindeutiger Weise an der jungen Frau zu schaffen, erinnert sich Grömping. Das junge Opfer schlug wild um sich und verursachte dadurch die Geräusche, die Birgit Grömping geweckt hatten.

Ein brutaler Vergewaltigungsversuch

»Mit einem Blick war mir klar, dass die Frau brutal angegriffen und massiv bedroht wurde«, berichtet die Borkenerin. Sofort ruft sie die Polizei an, die verspricht, umgehend zu kommen. Ohne zu zögern reißt sie danach das Fenster auf, ruft laut nach unten und droht dem Mann, dass die Polizei bereits unterwegs sei. »Du Scheißkerl, hau ab!«, schreit sie aus Leibeskräften. Doch statt von seinem Opfer abzulassen, zerrt der Täter die Frau in das Dunkel einer Einfahrt, um dort offensichtlich seine Tat zu vollenden. »Das war der Moment, der mir das Blut in den Adern gefrieren ließ«, erzählt Birgit Grömping. »Mir wurde unmittelbar klar, dass die Frau in ernster Gefahr war. Denn der Täter schien von meinen Rufen völlig unbeeindruckt.«

Ohne auch nur einen Moment zu zögern, läuft sie aus der Wohnung hinunter in den Hof, um den Täter laut schreiend in die Toreinfahrt zu verfolgen. Dort sieht sie, wie der Mann die Frau bereits zu Boden geworfen und ihr einen Teil ihrer Kleidung vom Leib gerissen hat. »Wieder habe ich den Mann angeschrien«, erinnert sich die Sonderpädagogin. »Als der dann aufblickte und mich sah, wurde mir schlagartig bewusst, dass ich mich auch in Gefahr begeben hatte.« Im ersten Moment rechnet sie sogar mit einem tätlichen Angriff und ist erstaunt, aber auch erleichtert, als der Mann einfach durch eine dichte Hecke davonläuft. »Ich hatte den Täter davon abgehalten, sein Verbrechen zu vollenden. Und ich hatte ihn in die Flucht geschlagen«, erzählt Birgit Grömping nicht ohne Stolz.

Heute glaubt sie, dass sie sich in diesen Minuten ganz unbewusst auch an ein Training erinnert hat, das sie für den Umgang mit Amokläufern in der Schule einige Zeit zuvor absolviert hatte. »Durch lautes Rufen kann man jemanden in die Flucht schlagen.«

Polizei konnte Täter fassen

Die Polizei trifft wenige Minuten später am Tatort ein und löst eine Fahndung nach dem flüchtigen Täter aus. Der kann tatsächlich in der Nacht noch gefasst werden und sitzt heute eine vierjährige Haftstrafe ab, zu der er als Sexualstraftäter verurteilt wurde. »Nicht ganz nachvollziehen kann ich, dass der Täter bereits mehrfach aufgefallen war und vor Jahren sogar wegen Vergewaltigungen verurteilt worden ist«, kommentiert sie heute das ihrer Meinung nach viel zu milde Urteil.

Freunde, Bekannte und auch Kollegen gratulieren ihr zu ihrer Auszeichnung, die sie eigentlich geheim halten wollte. Nachdem aber die Nachricht durch den Rundfunk gemeldet wurde, verbreitete sich das Ereignis in Windeseile. »Sie haben in einer

gefährlichen Situation Verantwortung übernommen und gezeigt, dass es wichtig ist, zu handeln, statt wegzuschauen. Es gehört Mut dazu, anderen in Notsituationen zu helfen, da man selbst verletzt oder angegriffen werden könnte«, gratulierte Minister Jäger ihr zu ihrer Zivilcourage.



Acht Preise für Zivilcourage verliehen

Neben Birgit Grömping sind noch weitere mutige und besonnene Helfer aus NRW mit dem Landespreis für Zivilcourage ausgezeichnet worden. Für ihr vorbildliches Verhalten wurden Manfred Appel aus Krefeld, Leo Dakik aus Köln, Can und Cihan Oduncu aus Witten, Renate Tobys aus Herten, Maria Walkowiak aus Vreden sowie Cornelia Weisenfeld aus Krefeld mit dem Ehrenpreis ausgezeichnet. Der Innenminister warnte aber auch vor Selbstüberschätzung bei der Hilfeleistung: »Niemand sollte sein eigenes Leben riskieren. Rufen Sie in jedem Fall die Polizei oder andere Personen hinzu.«



Hinsehen und Handeln hilft

Manfred Appel (55 Jahre) konnte in Krefeld durch ein Fenster einen Mann beobachten, der in einer Wohnung mit einem Rohr mehrfach schlagende Bewegungen in Richtung der nicht einsehbaren Zimmerecke machte. Herr Appel wurde misstrauisch und ging der Sache nach. Schließlich erkannte er, dass drei Kinder die Opfer der andauernden Schläge waren. Die daraufhin verständigte Polizei nahm den Stiefvater der drei misshandelten Kinder im Alter von zwei, vier und sieben Jahren noch in der Wohnung fest. Er wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

Leo Dakik (29 Jahre) wurde in Köln an einer U-Bahn-Haltestelle Zeuge eines Raubes auf dem gegenüberliegenden Bahnsteig. Zwei junge Männer schlugen auf einen wartenden Fahrgast ein und stahlen ihm die Geldbörse. Herr Dakik machte die Täter lautstark auf sich aufmerksam und signalisierte ihnen, dass er das Gesche-



hen filme. Während die brutalen Männer flüchteten, begab sich der Zeuge zu dem Opfer und kümmerte sich bis zum Eintreffen der Polizei um den Schwerverletzten. Das erstellte Video wurde zu Fahndungszwecken auszugsweise veröffentlicht. Die Täter stellten sich schließlich. >



Fotos (4) Jochen Tack

Renate Tobys (71 Jahre) eilte in Herten einer Nachbarin zu Hilfe, die im Hausflur von einem unbekanntem Mann angegriffen worden war. Der Täter hatte versucht, der Frau die Tasche aus ihrem Rollator zu entreißen und ihr den Mund zugehalten, als sie um Hilfe rief. Gemeinsam gelang es den beiden Seniorinnen, den Unbekannten ohne Beute aus dem Hausflur zu drängen. Dank einer detaillierten Täterbeschreibung durch Frau Tobys konnte der Räuber im Zuge weiterer Ermittlungen festgenommen werden.



Can Oduncu (14 Jahre) bemerkte mit seinem kleineren Bruder Cihan (12 Jahre) in einem Supermarkt in Bochum einen Mann, der heimlich verschiedene Lebensmittel in seinem Rucksack verstaute. Die beiden beobachteten den Verdächtigen weiter unauffällig und informierten eine Kassiererin. Der Dieb wurde daraufhin durch das Personal angesprochen und im Supermarktbüro bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten.



Cornelia Weisenfeld (49 Jahre) beobachtete vor einem Supermarkt in Recklinghausen, wie ein überführter Ladendieb einem Ladendetektiv unvermittelt ins Gesicht schlug. Noch bevor der Dieb mit einem aufgehobenen Stock weiter auf sein Opfer einprügeln konnte, ergriff die Zeugin couragiert das gefährliche Werkzeug und unterband so weitere Schläge. Hierbei verletzte sich Frau Weisenfeld an der Hand. Der brutale Täter suchte sich daraufhin ein neues Schlagwerkzeug und attackierte den Ladendetektiv mit einem massiven Metallmüllbehälter. Erst durch den zu Hilfe eilenden Filialleiter konnte er gestoppt werden. Die kurz darauf eintreffende Streifenwagenbesatzung nahm den aggressiven Dieb fest.



Diebe gestellt – dank couragierter Hilfe

Maria Walkowiak (66 Jahre) beobachtete in Vreden zwei verdächtige Personen, die sich nach mehrfachem Klingeln an verschiedenen Haustüren zur rückwärtigen Seite eines nicht bewohnten Hauses begaben, um dort einzubrechen. Sie benachrichtigte die Polizei und schilderte den eintreffenden Beamten ihre Beobachtungen. Diese konnten die beiden Einbrecher festnehmen. Ein dritter Täter, der Schmiere gestanden hatte, wurde durch Anwohner festgehalten und an die Polizei übergeben.

Die Preisträger für den Landespreis werden durch eine Jury empfohlen. Diese besteht aus Vertretern des Ministeriums für Inneres und Kommunales, des Landeskriminalamtes, des Justizministeriums, der Staatskanzlei und der Opferhilfeorganisation »Weißer Ring«. ///

Redaktion Streife

Fahrerlaubnisrecht 2013

Neuaufgabe des Fahrerlaubnisflyers

Es gehört zu den täglichen Aufgaben der Einsatzkräfte der Polizei, bei Fahrzeugkontrollen die Gültigkeit und den Umfang einer Fahrerlaubnis zu beurteilen. Damit die Kolleginnen und Kollegen immer auf dem neuesten rechtlichen Stand sind, erarbeitet das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) in regelmäßigen Abständen ein Faltblatt, aus dem ersichtlich ist, mit welcher Fahrerlaubnis welche Fahrzeuge geführt werden dürfen. Dieses Faltblatt verschafft den Nutzern eine kompakte Übersicht und ermöglicht eine zügige Zuordnung bei der Prüfung fahrerlaubnisrechtlicher Sachverhalte im täglichen Dienst. Die neueste Ausgabe des Faltblatts liegt dieser »Streife« bei. >



Foto: Jochen Tack



Das Faltblatt bietet eine umfassende Übersicht über die neuen Fahrerlaubnisklassen. Denn am 19. Januar 2013 trat eine neue Fassung der sogenannten 3. EG-Führerscheinrichtlinie in Kraft (das ist die »Fahrerlaubnisverordnung zwecks Umsetzung der Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Führerschein«). »Es hat sich eine wesentliche Änderung ergeben«, erläutert Volker Breloh vom LAFP in Münster. Zurzeit können sich Kraftfahrzeugführer mit einem von drei verschiedenen Führerscheinen ausweisen: Es gibt den EU-Kartenführerschein, daneben aber auch den nationalen deutschen Führerschein in grau oder, etwas moderner, in rosa. »Bislang galt: Bei den alten nationalen Führerscheinen hatte man nur die Berechtigung, die damit zum Zeitpunkt des Führerscheinserwerbs verbunden war. Um den vollen Umfang der neuen EU-Fahrerlaubnisklassen nutzen zu können, musste man seinen alten deutschen Führerschein in einen EU-Führerschein umtauschen«. Seit dem 19. Januar 2013 ist das anders. »Nun gibt es diese Umtauschpflicht nicht mehr. Jetzt hat beispielsweise der Fahrerlaubnisinhaber der Klasse 3 auch ohne dass er seinen alten Führerschein in einen aktuellen EU-Kartenführerschein umtauscht, die erweiterte Fahrerlaubnisberechtigung, als ob er es getan hätte.« So manche deutsche Sonderregel fällt beim EU-Recht weg. Volker Breloh gibt ein Beispiel: »Mit einem alten Klasse-3-Führerschein durfte ich bisher kein Gespann mit mehr als drei Achsen fahren. Beziehungsweise durften die beiden Achsen meines Anhängers nicht mehr als einen Meter Abstand haben. Im EU-Kartenführerschein gibt es diese Beschränkung nicht mehr.« Polizisten und Polizistinnen müssen jetzt immer in die im Fahrerlaubnisflyer abgedruckte »Anlage 3« schauen, um den Umfang einer Fahrberechtigung zu ermitteln. »Die war eigentlich mal dazu gedacht, damit die Straßenverkehrsämter daraus ersehen konnten, welche alten Klassen den neuen Klassen des EU-Kartenführerscheins entsprechen. Nun dient die Tabelle dazu, bei Verkehrskontrollen nachzuschauen, welche erweiterte EU-Fahrerlaubnis mit einem alten nationalen Führerschein verbunden ist.« Das klingt erst einmal, als ob die Sache wesentlich komplizierter geworden wäre. Doch Volker Breloh findet das nicht: »Der große Vorteil ist, dass man den Umfang von Altfahrerlaubnissen nicht mehr so im Kopf haben muss. Jetzt müssen alle Kollegen nur noch in der Tabelle schauen, welche alte Klasse denn welcher neuen EU-Fahrerlaubnisklasse entspricht. Und auf die sind sie ja ausgebildet worden.«

Durch die 3. EG-Führerscheinrichtlinie haben sich auch einige Änderungen im Detail ergeben:

- > Einführung der Fahrerlaubnisklasse AM für zwei- und dreirädrige Kleinkrafträder, vierrädrige Leichtkraftfahrzeuge sowie Fahrräder mit Hilfsmotor bei gleichzeitigem Wegfall der nationalen Klassen M und S
- > Einführung der Fahrerlaubnisklasse A2 für leistungsbeschränkte Krafträder bei gleichzeitigem Wegfall der Klasse A (beschränkt)
- > Änderung der Definition der Fahrerlaubnisklassen A1, A, welche jetzt leistungsabhängig auch dreirädrige Kraftfahrzeuge umfassen
- > Änderung der Definition der Fahrerlaubnisklasse B in Bezug auf das Mitführen eines Anhängers von mehr als 750 kg zulässiger Gesamtmasse
- > Änderung der Definition der Fahrerlaubnisklasse BE durch Begrenzung der zulässigen Gesamtmasse des Anhängers auf 3,5 t
- > Einführung der Schlüsselzahl »96« als Erweiterung des Umfangs der Berechtigung der Fahrerlaubnisklasse B in Bezug auf das Mitführen von Anhängern
- > Änderung der Definition der Fahrerlaubnisklasse C1E, welche jetzt zusätzlich Zugfahrzeuge der Klasse B umfasst
- > Änderung der Definition der Fahrerlaubnisklasse D1 durch Begrenzung der Fahrzeuglänge auf 8m

Das Fahrerlaubnisrecht sowie weitere verkehrsrechtliche Themen werden in der Seminarreihe »Rechtsfragen im täglichen Dienst – Modul B: Aktuelle Entwicklungen im Verkehrs- und Fahrerlaubnisrecht« beim LAFP NRW im Bildungszentrum Münster ausführlich dargestellt. ///

Redaktion Streife

@ Der »Fahrerlaubnisflyer« mit den Tabellen zur Ermittlung des Umfangs der Fahrerlaubnis nach EU-Recht ist in digitaler Form auf der Internetseite des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW im Bestellbereich Schutz und Sicherheit als Download verfügbar. Scannen Sie diesen QR-Code mit einer dafür geeigneten App auf Ihrem Smartphone ein. So gelangen Sie direkt zur digitalen Version des aktuellen Fahrerlaubnisflyers:

www.mik.nrw.de/publikationen/produktauswahl.html



In neuer Funktion



Am 29. Mai 2013 wurde Michael Kuchenbecker zum Leitenden Polizeidirektor ernannt. Gleichzeitig wurde ihm die Funktion des Leiters der Abteilung 4 - Landeszentrale Einsatz und Verkehrsangelegenheiten, Führung und Steuerung - beim LZPD NRW übertragen. Michael Kuchenbecker hatte bereits seit Anfang Februar 2013 als Dezernatsleiter 41 die Abt. 4 kommissarisch geleitet.

Internationale Polizeimissionen

Stefan Feller ist neuer Leiter der Police Division bei den Vereinten Nationen (VN) in New York

Stefan Feller, zuletzt Abteilungsleiter beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) in Duisburg, hat bereits an verschiedenen prominenten Stellen in der internationalen Polizeiarbeit gewirkt. Viele kennen ihn aus seiner leitenden Funktion in der VN-Mission im Kosovo oder als Leiter der EU-Mission in Bosnien-Herzegowina. Seit Mai dieses Jahres leitet Stefan Feller nun den Bereich der VN-Polizeiberater in der Hauptabteilung für Friedensmissionen bei den Vereinten Nationen in New York. Die Arbeit des Leitenden Polizeidirektors wird die künftigen Einsätze von internationalen Polizeikräften bei Missionen der Vereinten Nationen prägen.



v.l.n.r. LPD Stefan Feller (VN) mit Dieter Wehe, (Inspekteur der Polizei NRW), Abteilungsleiter Dimitri Titov (VN)

Mitte Mai erhielt er Besuch und Unterstützung aus Deutschland. Dieter Wehe, der Inspekteur der Polizei NRW war in seiner Funktion als Leiter der AG »Internationale Polizeimissionen« (IPM) in New York, u. a. zusammen mit einer Vertreterin der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft IPM im Bundesministerium des Inneren (BMI), zu Gast. Die Delegation nutzte die Gelegenheit, um anlässlich der Amtseinführung Stefan Fellers begleitende Gespräche innerhalb der

Hauptabteilung der VN für Friedensmissionen zu führen. Dimitri Titov, Leiter dieser Abteilung, zeigte sich sehr erfreut über die Berufung des Leitenden Polizeidirektors (LPD) Stefan Feller. Er unterstrich, dass deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte in VN-Friedensmissionen generell sehr geschätzt werden.

Mehr als zwanzig Staaten bilden »Group of friends«

Der eigentliche Anlass des Kurzbesuchs war jedoch die Gründung einer internationalen Freundesgruppe (Group of

Friends – GoF), die zukünftig den Bereich des zivilen Peacekeepings in VN-Missionen konzeptionell und materiell nachhaltiger unterstützen möchte. Die konstituierende Sitzung fand unter Leitung von Peter Wittig, dem deutschen Botschafter bei den Vereinten Nationen, in der Ständigen Vertretung Deutschlands statt. Die Initiative zur Gründung der Gruppe war von dort ausgegangen. Mehr als zwanzig Staaten entsandten ihre Vertreter und signalisierten, künftig in der GoF zusammenarbeiten zu wollen, um die Arbeit der VN-Polizeikomponente zu unterstützen. Auch Stefan Feller und Dimitri Titov nahmen an dem Treffen teil, um ihre Vorstellungen und Erwartungen zu präsentieren. Es wurde deutlich, dass die Polizeikomponente in internationalen Friedensmissionen immer mehr an Bedeutung gewinnt. Letztlich kann die Sicherheit der Menschen in Krisengebieten nicht dauerhaft militärisch gewährleistet werden. Der nachhaltige, dauerhafte Schutz einer Gesellschaft wird nur über den zivilen Wiederaufbau erzielt. Dabei kommt dem Aufbau von Polizei und Justiz eine zentrale Rolle zu. Jüngstes Beispiel dafür ist der afrikanische Staat Mali, für den aktuell eine neue VN-Mission vorbereitet wird. /// **Michael Wiegand**

»Wir fühlen uns schon wie echte Polizisten«

Die praktische Ausbildung der neuen Anwärter und Anwärterinnen hat begonnen



Dominik Heuser hat die zurückliegende Nacht »wie ein Stein geschlafen«. Von Nervosität keine Spur. Das können Mohamad Deihimi und Nathalie Lopez-Ferreiro nicht von sich behaupten. Die Anspannung vor ihrem ersten Trainingstag in Brühl hat sie mehr oder weniger um den

Schlaf gebracht. Trotzdem gibt es auch bei ihnen keinerlei Anzeichen von Müdigkeit oder gar Erschöpfung – genau wie bei ihren Kommilitonen Andrea Klingenhäger, Sebastian Neuburger und Denis Senlik. Die sechs Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter gehören zu den 400 Studierenden, die sich am 29. April erstmals

ihre nagelneue Polizeiuniform angezogen haben. Die Streife wird die sechs Studierenden in den kommenden zweieinhalb Jahren auf ihrem Weg zu ihrem Bachelor-Abschluss begleiten und dabei immer wieder nach persönlichen Erfahrungen, Eindrücken und Veränderungen fragen.



Foto: Jochen Tack

Die Anwärter und Anwärterinnen starten an diesem Tag beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) in Brühl ihr erstes Trainingsmodul. Es wird insgesamt zehn Wochen dauern. Das Modul GS 7 ist Teil des Grundstudiums und gehört damit zum dreijährigen

Bachelor-Studium für den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Die Anwärterinnen und Anwärter werden in drei Themenbereichen trainiert: GS 7.1 »Standardmaßnahmen bei Einsätzen im täglichen Dienst«, GS 7.2 »Sicherungsangriff in Fällen der einfachen und mittleren Kriminalität« sowie GS 7.3 »Standardmaßnahmen der Verkehrsüberwachung und der Verkehrsunfallaufnahme«.

In diesem Jahr beginnen insgesamt 1.400 Studierende in Nordrhein-Westfalen mit ihrer Polizei-Ausbildung. Sie sind nach einem dreitägigen, strengen Verfahren aus etwa 8.200 Bewerbungen ausgewählt worden. Zeitgleich und parallel zum Start in Brühl nehmen 1.000 weitere Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter ihre praktische Ausbildung in den anderen Trainingseinrichtungen des LAFP in Selm-Bork und in Schloss Holte-Stukenbrock auf.

Acht Monate Grundstudium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) liegen gerade hinter ihnen. »Am vergangenen Freitag haben wir unsere letzte Klausur geschrieben«, erinnert sich Dominik Heuser und stöhnt dabei leise auf. »Jetzt freuen wir uns darauf, dass es endlich losgeht.«

Hohe Erwartungen, große Verantwortung

Ab halb sieben Uhr treffen die Studierenden an diesem Montagmorgen in einem bunten, nicht enden wollenden Zug am Polizeiausbildungsinstitut des LAFP in Brühl ein. Bis zu 100 Kilometer weit ist ihr Anfahrtsweg. Denn alle Studierenden wohnen daheim oder haben sich für die zehn Wochen ein Zimmer in der Nähe angemietet. Nathalie Lopez-Ferreiro beispielsweise kommt aus Aachen. »Da hat der Wecker schon um halb vier geklingelt«, berichtet sie und rollt dabei ein wenig mit den Augen. Die Frühschicht tritt künftig

um 7.00 Uhr ihren Dienst an. Die Spätschicht ein paar Stunden später. »Da kann man vielleicht mal ausschlafen«, hofft die junge Frau.

Innerhalb von wenigen Minuten sind an diesem Morgen die Spinde belegt, und dann verwandeln sich die jungen Leute mit ihren Uniformen in adrette Polizistinnen und Polizisten. »Ein wirklich fesches Bild. Diese ersten Stunden sind auch für uns immer etwas Besonderes«, weiß Polizeiobererrat Hermann Schiffer. Als Dezernatsleiter in Brühl nimmt er im Rahmen einer kleinen Feierstunde die Begrüßung vor. Dabei gelingt es ihm mit wenigen Sätzen, die Anwärterinnen und Anwärter auf ihre neue Rolle und die damit verbundenen Erwartungen sowie ihre Verantwortung einzustimmen. »Die ersten Regeln, die wir setzen, sind ungemein wichtig«, sagt Schiffer. »Vom ersten Moment an muss jedem klar sein: ‚Ich bin Vorbild!‘ Deswegen lege ich größten Wert auf ein gutes Auftreten, freundliche Umgangsformen und einen stets respektvollen Umgang.«

»Natürlich sind wir alle total stolz auf unsere Uniform«, bestätigt Dominik Heuser. »Jeder kann erkennen, dass wir dazu gehören.« Mit den damit verbundenen Erwartungen an sie müssen sie freilich noch umzugehen lernen. »Klar, wenn ich jetzt mit Freunden unterwegs bin, dann schielen die auch schon mal zu mir rüber. So, als wenn sie sich fragen, ob ich das eine oder andere Verhalten nun gut finde oder nicht«, erzählt Mohamad Deihimi. »Selbstverständlich haben alle von uns daheim die komplette Ausrüstung unseren Eltern, Lebenspartnern oder Freunden gezeigt«, gesteht Andrea Klingenhäger. Sie erinnert sich, dass die meisten sehr erstaunt waren, was alles an Kleidungsstücken und Ausrüstung zusammenkommt. »Am interessantesten fanden meine Freunde übrigens die Handschellen«, lacht sie. >



Fotos (4): Jochen Tack

Theorie, Training und Praxis

Die jungen Polizeianwärterinnen und -anwärter haben ihre Ausbildung im September 2012 begonnen. Neben dem fachtheoretischen Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung lernen sie während des Bachelor-Studienganges die Praxis der täglichen Arbeit kennen. Didaktisch ist das Studium in einem ständigen Wechsel von Theorie, Training und Praxis organisiert, kurz TTP genannt. »Wir brauchen für die Bekämpfung der Kriminalität, den konsequenten Kampf gegen den Extremismus und die Sicherheit im Straßenverkehr hervorragend qualifizierte Polizisten. Genau das gewährleisten wir durch unsere duale Ausbildung«, so NRW-Innenminister Ralf Jäger während der öffentlichen Vereidigung in Köln.

Der Studiengang führt zu einem Bachelor-Abschluss und soll daher auch wissenschaftliche Grundlagen, Methodenkompetenz und berufsfeldbezogene Qualifikationen vermitteln. Während der Trainingsmodule im LAFP lernen die Kommissaranwärterinnen und -anwärter unter anderem das Einschreiten bei Ordnungsstörungen (GS 7.1), den Sicherungsangriff beim

Wohnungseinbruch (GS 7.2) sowie Verkehrsunfälle der Kategorie 5 (ohne Verkehrsunfallflucht) aufzunehmen und unter Anleitung zu ahnden (GS 7.3). Darüber hinaus üben sie auch den Umgang mit der Dienstwaffe (Schießen/Nichtschießen), den Umgang mit dem Digitalfunk, Erste Hilfe sowie Eingriffstechniken und erhalten ein Fahr- und Sicherheitstraining. Sie werden innerhalb von zehn Wochen intensiv auf ihren ersten Einsatz in den Polizeibehörden vorbereitet. Dort schließen sich die Praxisphasen im Wach- und Wechseldienst an. Dabei werden sie vor Ort von einem Tutor oder einer Tutorin begleitet. Diese Praktika absolvieren sie in den zehn Ausbildungsbehörden sowie deren 37 Kooperationsbehörden.

Das Training im LAFP bildet eine Art »Schonraum«. Im Mittelpunkt stehen Rollenspiele und praktische Übungen. Einsatzsituationen und Fertigkeiten können »blamagefrei« eingeübt werden. Vermittelt werden die Fertigkeiten von erfahrenen Praktikern, die in der Mehrzahl für etwa vier Jahre im Bildungszentrum unterrichten. Trainiert wird dabei im Teamteaching, der Kurs wird also von zwei Lehrenden begleitet. Das soll für die anschließenden Praktika in den Ausbildungsbehörden ein rechtssicheres und professionelles Einschreiten gewährleisten.

Auf dem Schießstand

In Brühl wird das Training in den sechs Modulgruppen von rund 85 Lehrenden durchgeführt. Als wir vier Wochen später unseren sechs Studierenden noch einmal einen Besuch abstatten, befinden sich diese mitten im Trainings-Alltag: Jeder steckt in einem anderen Kurs.

Andrea Klingenhäger und ihre Gruppe treffen wir in der hochmodernen Raumschießanlage. Jeweils zwei Auszubildende aus dem Kurs sind für zwanzig Minuten auf dem Schießstand, wo sie jeden einzelnen Handgriff, Haltung und Stand sowie das Schießen selbst immer wieder üben. »Hier werden die Basics vermittelt. Jede Bewegung muss am Ende der Ausbildung sitzen«, erklärt Modulgruppenleiterin Gabriele Meiser-Ernst. Heute geht es um den sicheren Magazinwechsel. »Stecken Sie jetzt Ihre Waffe wieder in Ihr Holster«, kommt die Anweisung von der Trainerin neben ihr. »Schön, Frau Klingenhäger, Sie haben nicht mehr hingeguckt. Das war sehr gut!« Andrea Klingenhäger ist über das positive Feedback offensichtlich erleichtert.

Jedem Studierenden steht ein Trainer zur Seite. Korrekturen und Hilfestellungen werden unmittelbar vorgenommen. Die Konzentration der Studentin ist förmlich mit den Händen zu greifen. »Es ist alles für jeden von uns noch sehr aufregend«, erklärt sie. »Auf dem Schießstand bin ich noch immer nervös.« Als sie ihren allerersten Schuss abgefeuert hat, erinnert sie sich, habe sie sogar am ganzen Körper gezittert. »Niemand von uns wusste, wie das sein würde. Wie laut der Knall ist, wie die Patronenhülse aus der Waffe herausfliegt und vor allem, wie der Rückstoß sein würde.«



Rollenspiel »Schlägerei in einer Diskothek«

Dominik Heuser treffen wir im neuen Unterrichtsgebäude. Hier befinden sich Räumlichkeiten, in denen die unterschiedlichsten Einsatzsimulationen inszeniert werden können. Dominik Heuser ist zusammen mit einer Kollegin aus seinem Kurs in einem Rollenspiel als einschreitender Beamter gefordert. Es handelt sich um eine ganz alltägliche Situation: An einem Tanzlokal ist es zu einer Schlägerei gekommen.

Der Trainer orientiert sich an eigens vorbereiteten Handlungskonzepten und gibt den Einsatzbefehl heraus. »Brühl 1636 bitte kommen«, spricht er in sein Funkgerät. »Einsatz in der Breite Straße 36. In der Diskothek Rambazamba hat es eine Handgreiflichkeit gegeben, dabei wurde der Türsteher verletzt. Die Täter haben sich vom Tatort entfernt.« Der Rest des Kurses erwartet im Unterrichtsgebäude die beiden Kommilitonen, die tatsächlich wenige Augenblicke später in einem Polizeiwagen mit Blaulicht vorfahren und ab dann so wie in der Wirklichkeit nach einem vorgegeben Plan den Einsatz abarbeiten. Sie treffen auf Nima Javandoust, der als Rollenspieler den verletzten Türsteher mimt. Er hat ein riesiges Veilchen und beschwert sich lautstark, dass er die Fäuste des Täters zu spüren bekommen habe. Nima Javandoust ist eigentlich Polizeikommissar im Einsatztrupp Köln. Zusammen mit

ein paar weiteren Rollenspielern sorgt er für authentische Situationen, die von den beiden Auszubildenden bewältigt werden müssen. Die anderen Studierenden aus dem Kurs beobachten die Szenerie nach bestimmten Kriterien. Jeder hat auf etwas Besonderes zu achten.

Im Anschluss an das Rollenspiel werden die Beobachtungen zusammengetragen und ein detailliertes Feedback gegeben. »Ich war vom ersten Moment an mitten drin«, gesteht Dominik Heuser im Anschluss. »Ich habe völlig vergessen, dass es sich nur um eine Übung handelt.« Solche Rollenspiele erhöhen durch die Selbsterfahrung den Lerneffekt. »Ich bin mir ganz sicher, dass ich diese Trainingserfahrungen nicht mehr vergessen werde«, lacht Heuser.

Rollenspiel »Unfallaufnahme«

Ganz ähnlich ergeht es auch Nathalie Lopez-Ferreiro, die wir anschließend draußen im Regen treffen. Dort wird in einem realistischen Rollenspiel eine Unfallaufnahme simuliert. Zwei Fahrzeuge haben sich an einer Kreuzung ineinander verkeilt. Die Aufgabe für die beiden Polizeibeamten besteht darin, zuerst die Unfallstelle zu sichern und dann den Unfall aufzunehmen und mit den Beteiligten zu sprechen. Auch hier sind zwei professionelle Rollenspieler eingesetzt. Ringsum stehen die Kommilitoninnen und Kommilitonen von Nathalie



Lopez-Ferreiro, die nach klaren Anweisungen die kleine Szene beobachten. Die Stichworte für die Beobachtungen lauten: Recht, Taktik und Kommunikation. Anhand dieser Stichworte werden die Trainer nach dem Rollenspiel das Auftreten bewerten und ein gezieltes Feedback geben. Auch Nathalie Lopez-Ferreiro ist von dieser Form der Ausbildung begeistert. »Wir lernen dabei unheimlich viel. Im Training ist es beinahe so, als wenn man mitten in der Wirklichkeit steckt«, berichtet sie. »Aber es ist dann doch nur eine Trockenübung. Das heißt, wenn wir etwas falsch machen, dann hat es glücklicherweise noch keine Konsequenzen – wir können uns mit jedem Spiel weiter verbessern.«



Mohamad Deihimi treffen wir unterwegs auf dem weitläufigen Gelände. Auch ihm kann man Aufregung und Begeisterung sofort ansehen. Viel Zeit hat er gerade nicht. Er ist auf dem Weg zu seinem nächsten Training. Aber eines möchte er uns gegenüber unbedingt loswerden. »Wir lernen hier wirklich unheimlich viel. Wahnsinn. Es ist einfach spannend«, sprudelt es aus ihm hervor. »Jeder Tag bringt einem neue Einsichten. Und mit jedem Tag wachsen wir ein bisschen mehr in unsere neue Berufsrolle«, sagt er und schon ist er mit schnellen Schritten wieder unterwegs. ///

Redaktion Streife

Den Nachwuchs für den Polizeiberuf begeistern Die Personalwerbekampagne 2013/14 hat begonnen



Anfang Juni gab NRW-Innenminister Ralf Jäger in Duisburg den Startschuss für die polizeiliche Personalwerbekampagne 2013/14. Diesmal werden 1.477 neue Polizistinnen und Polizisten gesucht, die am 1. September 2014 ihre Ausbildung beginnen. Bewerbungen können nur online abgegeben werden, und zwar vom 4. Juni bis zum 2. Oktober dieses Jahres.

Der Polizeiberuf steht bei vielen jungen Menschen nach wie vor hoch im Kurs. Um die am besten geeigneten Bewerberinnen und Bewerber ihres Jahrgangs für sich zu gewinnen,

konkurriert die Polizei jedoch mit vielen anderen attraktiven Arbeitgebern. In NRW gibt es derzeit mehr als 40.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Wir alle sollten die Chance nutzen, um Interesse für den Polizeiberuf zu wecken und junge Menschen in ihrem Bestreben bestärken, unseren vielseitigen Beruf ausüben zu wollen.

Werden Sie aktiv und sprechen Sie mit jungen Erwachsenen offensiv über Ihren Beruf. Sie sind als Polizistin oder Polizist vor Ort der erste Kontakt für Jugendliche, die sich für den Polizeiberuf interessieren. Ein persönlich vermitteltes positives Berufsbild der Polizei bildet die ideale Basis für eine erfolgreiche Gewinnung von

gutem polizeilichem Nachwuchs. Seien Sie außerdem in ihrem Berufsalltag ein Vorbild! Wenn wir uns von unserer besten Seite zeigen, sind wir gute Werbebotschafter für interessierte junge Menschen. Auch über den täglichen Dienst hinaus ist das persönliche Engagement aller Kolleginnen und Kollegen in der Freizeit, in Vereinen, in der Familie und Nachbarschaft wichtig für eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung.

Die aktuellen Bewerbungs- und Einstellungsvoraussetzungen sind vielen Interessierten nicht im Detail bekannt. Darum haben wir die aktuell gültigen Voraussetzungen noch einmal zusammengefasst:



Bewerbungs- und Einstellungs- voraussetzungen:

- > Deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft (Ausnahmen sind möglich)
- > Am Einstellungstermin (1. September) das 37. Lebensjahr noch nicht vollendet
- > Abitur oder ein gleichwertig anerkannter Bildungsstand (u. a. Fachhochschulreife oder ein Abschluss einer bestimmten beruflichen Ausbildung gem. §2 oder §3 Berufsbildungshochschulzugangsverordnung)
- > Polizeidiensttauglich aus polizeiärztlicher Sicht
- > Sechs Jahre Englischunterricht oder Englischkenntnisse Level B1 (entspricht dem Leistungsstand der Klasse 10, Sekundarstufe I)
- > Deutsches Sportabzeichen der Leistungsklasse Bronze (zum Zeitpunkt der Bewerbung nicht älter als zwölf Monate)
- > Deutsches Rettungsschwimmabzeichen in Bronze (am 1.6. des Einstellungsjahres 2014 nicht älter als vierundzwanzig Monate)

- > Fahrerlaubnis Klasse B oder die Fahrerlaubnis zum begleiteten Fahren ab 17
- > Mindestgröße bei Frauen 163 cm oder bei Männern 168 cm
- > Erfolgreiche Teilnahme am Auswahlverfahren
- > Gerichtlich nicht vorbestraft, kein anhängiges gerichtliches Straf- bzw. Ermittlungsverfahren
- > Nachweis über Grundlagen der Textverarbeitung, Tastschreiben am PC (Nachweis bis zum 1.06. des Einstellungsjahres 2014)

Unabhängig von diesen Informationen sollte allen Interessenten für den Polizeiberuf grundsätzlich ein Beratungsgespräch mit den örtlichen Personalwerberinnen und Personalwerbern empfohlen werden. Diese haben zu jeder Frage die

passende Antwort und können hilfreiche Tipps geben, um das Bewerbungsverfahren erfolgreich zu absolvieren.

Nach erfolgter Bewerbung werden die Bewerberinnen und Bewerber zum Auswahlverfahren eingeladen. Das Verfahren besteht aus:

- > PC-Test (1. Tag)
- > Polizeiärztliche Untersuchung (2. Tag)
- > Assessment-Center (3. Tag)

Die ersten beiden Tage absolvieren die Bewerberinnen und Bewerber im Bildungszentrum Münster des LAFP NRW. Der dritte Tag wird dezentral in den Einstellungs- und Ausbildungsbehörden in Aachen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen, Hagen, Köln oder Münster durchgeführt. ///

Redaktion Streife

@ **Umfassende Informationen zur Bewerbung und zum Auswahlverfahren finden Sie im Internet unter www.polizei-nrw.de/artikel_134.html**



Auswertung aus einer anderen Sicht

Im Landeskriminalamt arbeiten sehbehinderte Mitarbeiter



Fotos (3): Julia Fischer



STECKBRIEF ZUM PROJEKT

»Blinde Bedienstete bei der Polizei NRW« ist ein Pilotprojekt des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW, das vom Landeskriminalamt NRW koordiniert wird. Beim Auswahlverfahren und der Einarbeitung hat das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten NRW (LAFP) das Projekt unterstützt. Gefördert wird es vom Landschaftsverband Rheinland im Rahmen des regionalen Arbeitsmarktprogramms »aktion5«, dem Berufsförderungswerk Düren und den Arbeitsagenturen in Wuppertal und Bochum.

Dass sie nahezu blind sind, hat Astrid Arndt und Michael Ozimek nicht daran gehindert, zu studieren, zu reisen und sogar Leistungssport zu betreiben. Seit letztem Sommer verstärken sie ein Auswerte- und Analysedezernat des Landeskriminalamtes NRW.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Wohnungseinbruch in Köln und Düsseldorf? Bei beiden ist ein roter Golf gesehen worden. Und wie hat sich der Wirkstoffgehalt von Haschisch in den letzten Jahren entwickelt? Zwei Kollegen, die derartige Fragen seit fast einem Jahr im Landeskriminalamt NRW beantworten, sind Astrid Arndt und Michael Ozimek. Seit Juni vergangenen Jahres arbeiten sie im Auswerte- und Analysedezernat 31. Beide sind von Geburt an hochgradig sehbehindert, haben nur eine minimale Restsehstärke. Die neuen Auswerter sind im Rahmen des Pilotprojektes »Blinde Bedienstete bei der Polizei NRW« eingestellt worden. Dieses Projekt soll hoch qualifizierten, sehbehinderten Menschen einen neuen Tätigkeitsbereich eröffnen. »Die Anforderungen in der Ausschreibung waren identisch mit denen, die wir an Polizeibeamte stellen«, erklärt Wilhelm Erkens, Leiter des Dezernats 31. »Die einzige Ausnahme bildete der zivile statt polizeiliche Fachhochschulabschluss.«

Sehbehinderung nicht auf Anhiob erkennbar

Astrid Arndt hat eine geringe Sehkraft und bezeichnet sich selbst als Maulwurf. »Ich bin extrem lichtempfindlich«, sagt sie mit einem Lachen. Im Neubau des Landeskriminalamtes NRW findet sie sich gut

zurecht. Sie sagt: »Der Aufzug quatscht gut und die Schilder sind schön groß geschrieben. Ist doch alles super.« Auch Michael Ozimek kann trotz seiner Brille eine Person aus einer Entfernung von ein bis zwei Metern nur schemenhaft erkennen. Ob sie beispielsweise eine Brille trägt, kann er nicht mit Sicherheit sagen.

Beide sind auf den ersten Blick nicht als hochgradig sehbehindert erkennbar. Sie kommen ohne einen Blindenstock oder einen Blindenführhund zurecht und sind stolz darauf, dass kaum jemand ihre Behinderung sofort wahrnimmt. Dabei nehmen sie in Kauf, auch einmal angepöbelt zu werden. »Für den Notfall habe ich immer ein kleines Fernrohr bei mir«, berichtet Michael Ozimek. »Damit kann ich dann zum Beispiel die Nummer einer einfahrenden S-Bahn erkennen.« Reisen ist die große Leidenschaft des 30-Jährigen. Berlin, München, Hamburg – für ihn kein Problem. Auch Astrid Arndt hat ein großes Hobby: Judo. 2004 hat sie bei den Paralympics in Athen die Bronzemedaille gewonnen. »Leistungsmäßig betreibe ich es mittlerweile nicht mehr«, sagt die 44-Jährige. »Das würde ich von der Zeit her gar nicht schaffen. Mittlerweile steht der Job für mich im Mittelpunkt.«

Gleiche Arbeit wie Polizeibeamte

Bis die Stellen ausgeschrieben werden konnten, verging einige Zeit, doch dann ging es plötzlich ganz schnell. »Ich war am 11. Mai 2012, einem Freitag, beim Vorstellungsgespräch. Am Montag hatte ich dann die Zusage und am ersten Juni war mein erster Arbeitstag«, erinnert sich Michael Ozimek. Beide hatten auf mehreren Wegen von der Stellenausschreibung gehört, vom Berufsförderungswerk Düren, von der Bundesarbeitsagentur und von Freunden. »Die Stellenausschreibung war so interessant, da musste man sich einfach bewerben«, sagt Astrid Arndt. Und beide haben ihre Entscheidung bisher nicht bereut. Ihre heutige Arbeit unterscheidet sich nicht von derjenigen, die auch die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in ihrem Dezernat ausüben. Damit dies möglich ist, mussten sich die studierten Betriebswirtschaftswissenschaftler innerhalb kurzer Zeit viel Wissen aus den Bereichen Recht und Polizei aneignen. Am Beginn ihrer Beschäftigung standen sieben Wochen beim Projektpartner – dem Berufsförderungswerk Düren. Unterrichtsschwerpunkte waren Rechtsthemen. »Es war sehr komprimiert, aber wir leben noch«, erinnert sich Astrid Arndt lachend an die ersten Wochen. Danach folgte die Einarbeitung in den Teams. »Auswertung ist eine verantwortungsvolle, aber auch kreative Arbeit«, sagt der Dezernatsleiter. »Schließlich ist nicht bei jeder Anfrage klar, woher man die Informationen beziehen kann. Da muss man häufig in viele Richtungen recherchieren.«

Schnelle Einarbeitung

Während Astrid Arndt sich mit Rauschgiftkriminalität beschäftigt, wertet Michael Ozimek mittlerweile Wohnungseinbrüche aus. André Ruhl, Leiter des Sachgebiets 31.2 Auswertung und Analyse Rauschgiftkriminalität, Menschenhandel. Die beiden Betriebswirtschaftswissenschaftler arbeiten an normalen Arbeitsplätzen, an denen eine spezielle Vergrößerungssoftware installiert ist, die den Bildschirminhalt extrem vergrößern. Längere Texte können sie sich auch elektronisch vorlesen lassen. Astrid Arndt hat verschiedene Änderungen angestoßen, damit so viele Inhalte wie möglich in elektronischer Form und nicht wie zuvor auf Papier ankommen.

LKA NRW NACH ZEHN JAHREN ZUM ZWEITEN MAL AUSGEZEICHNET

Vorurteile rund um die Beschäftigung von Frauen und Männern mit Handicap werden am besten durch Beispiele von Arbeitgebern widerlegt, die schwerbehinderte Menschen beschäftigen und damit zeigen, dass Leistungsfähigkeit, wirtschaftlicher Erfolg und eine behindertenfreundliche Personalpolitik gut zusammen passen. Die Aktion »LVR-Prädikat Behindertenfreundlicher Arbeitgeber« zeichnet vorbildliche Betriebe und Dienststellen aus, macht ihr positives Beispiel öffentlich und empfiehlt es zur Nachahmung. Das Prädikat wird seit 1998 vom LVR-Integrationsamt vergeben. In diesem Jahr ist das LKA NRW nach 2003 bereits zum zweiten Mal Preisträger dieser Aktion.

den Kreispolizeibehörden ist etwas, das Michael Ozimek besonders viel Spaß macht. Und André Ruhl muss manchmal schmunzeln, wenn der Betriebswirt die Polizeibeamten auf Maßnahmen hinweist, die eigentlich zum polizeilichen Standard gehören sollten.



Auch Astrid Arndt hat sich schnell eingearbeitet. Wenn der stellvertretende Sachgebietsleiter nicht da ist, übernimmt sie auch schon mal die Steuerung des Tagesgeschäfts. Und sie hat neue Prozesse angestoßen. »Dank ihrer Initiative könnten wir das Büro jetzt auch papierlos laufen lassen«, sagt Siegfried Kleine, Leiter des Sachgebiets 31.3 Auswertung und Analyse Rauschgiftkriminalität, Menschenhandel. Die beiden Betriebswirtschaftswissenschaftler arbeiten an normalen Arbeitsplätzen, an denen eine spezielle Vergrößerungssoftware installiert ist, die den Bildschirminhalt extrem vergrößern. Längere Texte können sie sich auch elektronisch vorlesen lassen. Astrid Arndt hat verschiedene Änderungen angestoßen, damit so viele Inhalte wie möglich in elektronischer Form und nicht wie zuvor auf Papier ankommen.

Eine Stärkung des Teams

»Ich glaube, dass wir die Kompetenzen unseres Teams mit diesen externen Qualifikationen erheblich verstärkt haben«, sagt der Dezernatsleiter Wilhelm Erkens. Die Beschäftigung läuft zunächst für zwei Jahre im Projektstatus. Auf diesen Zeitraum sind auch die Stellen befristet. Der Dezernatsleiter hofft, wie auch die beiden Sachgebietsleiter, dass seine zwei neuen Mitarbeiter danach unbefristet übernommen werden können. »Ich möchte, dass die beiden »lebenslanglich« bekommen«, sagt er mit einem Lächeln. Dadurch will er die regelmäßige Fluktuation der Mitarbeiter im Dezernat ausgleichen und mehr Kontinuität und dadurch auch mehr Erfahrung binden.

Die beiden sind nicht nur fachlich, sondern auch sozial voll im Landeskriminalamt NRW angekommen. »Sie sind in ihren Teams voll und ganz integriert«, berichtet Siegfried Kleine. Und André Ruhl erinnert sich an ein Erlebnis vom letzten Betriebsausflug. Damals gingen sie durch die belebte Düsseldorfer Altstadt und Michael Ozimek wich geschickt allem aus. Ein Kollege sagte daraufhin: »Sag mal Michael, du siehst doch kaum etwas, wie kannst du den Sachen so ausweichen?« Da antwortete der Auswerter nur trocken: »Tja, wenn da was kleines Schwarzes oder was großes Buntes auf mich zukommt, dann ist das entweder ein Hund, ein Kind oder ein Koffer. Mehr muss ich nicht erkennen, um ausweichen zu können.« // Katerina Breuer



Kontaktbeamtin Ciler Durmus zu Besuch in der Oberaden Merkez Camii Moschee in Bergkamen.

Eine lebendige Brücke bilden Ciler Durmus ist Kontaktbeamtin für muslimische Institutionen in Unna

Wer Kontaktbeamter für muslimische Institutionen (KMI) sein möchte, muss kommunikativ sein und vor allem auch gut zuhören können, denn seine Aufgabe ist es, engen Kontakt zu den muslimischen Gemeinden zu halten. Das gegenseitige Vertrauen, das dadurch entsteht, kann in kritischen Situationen helfen.

Die erste Begegnung mit einem Imam in ihrer Funktion als Kontaktbeamtin für muslimische Institutionen der Kreispolizeibehörde Unna wird Ciler Durmus nicht so schnell vergessen. Eigentlich sollte sie ihn eine Woche später offiziell kennen lernen, doch als sich die Gelegenheit auf einer Veranstaltung bot, ging sie auf ihn zu und stellte sich vor. Der Imam sah sie nur an und sagte nichts. Etwas irritiert ging die Kriminalkommissarin eine Woche später zu ihrem geplanten Treffen, wo der Imam dem Vorsitzenden der Gemeinde in ihrem Beisein dann erklärte, warum er so sprachlos gewesen war. Dass eine Frau mit türkischen Wurzeln Kriminalkommissarin in Deutschland ist, das hat ihn mit so viel Freude erfüllt, dass ihm einfach die Worte weggeblieben waren. Eine Erfahrung, die Ciler Durmus immer wieder macht: »Es ist immer wieder berührend, wie stolz die Menschen in den türkischen Gemeinden auf mich sind.«

Seit 2004 hat jede Behörde im Land einen Kontaktbeamten oder eine Kontaktbeamtin für muslimische Institutionen (KMI). Grundlage ist das Handlungskonzept

der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen zur Früherkennung islamistischer Terroristen. Der KMI soll Kontakt zu der muslimischen Bevölkerung halten, neue Netzwerke knüpfen und bestehende pflegen, um so die vertrauensvolle Zusammenarbeit zu fördern. Eine weitere Aufgabe ist es, die Kenntnisse über die islamische Religion und Kultur in die Kreispolizeibehörden hineinzutragen und somit eventuell vorhandene Barrieren abzubauen.

In ständigem Kontakt mit den muslimischen Gemeinden

Ciler Durmus ist seit 1994 bei der Polizei. Seit 2010 wirkt sie als KMI an der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus mit. Ihr Alltag sieht sehr abwechslungsreich aus. Mal nimmt sie an einer Sitzung des Integrationsrats teil, mal organisiert sie Moscheebesuche für Kollegen oder hält Vorträge für türkische Frauenvereine über die Rechte der Frauen in Deutschland. Zu rund 50 verschiedenen Vereinen und Einrichtungen im Kreis Unna hält sie Kontakt. Immer geht es darum, Vertrauen aufzubauen und Verständnis für die Arbeit der Polizei zu schaffen. Da hilft sie mit ihren Sprachkenntnissen dann auch schon mal bei Fragen zu einem Verkehrsunfall oder stellt den Kontakt zu einem Präventionsprojekt her, wenn sie gefragt wird, wie die Gemeinde die Jugendlichen vor Drogen schützen könne. »Ich bilde mit meinem Wissen und meinen Sprachkenntnissen eine Art Brücke«, sagt sie. »Der größte Teil der Muslime möchte einfach nur friedlich seine Religion ausüben und leidet darunter, von manchen mit den Radikalen in einen Topf geworfen zu werden.«

Durch die vielen Gespräche und Besuche entsteht gegenseitiges Vertrauen, das beim Kampf gegen den islamistischen Terrorismus zu wertvollen Informationen führt. So hatte sie zum Beispiel ein Imam angesprochen, als ihm aufgefallen war, dass sich in seinem Stadtteil ein anderer muslimischer Verein angesiedelt hatte, der am Wochenende Kinder unterrichtete. »Er war skeptisch, weil er niemanden aus dem Verein kannte und sich Sorgen machte, was den Kindern dort beigebracht wird«, erinnert sie sich. Sie gab diese Information an ihre Staatsschutzdienststelle weiter, die sich mit dem Verein befasste. Auch als in Unna im vergangenen Jahr die vom Verfassungsschutz NRW als rechtsextremistisch eingestufte Partei Pro NRW direkt vor der Moschee demonstrierte, agierte Ciler Durmus in ihrer Funktion als Kontaktbeamtin. Sie sprach mit dem Imam, den sie gut kennt, und konnte ihn überzeugen, nicht auf die Demonstration zu reagieren, um die Gefahr einer Eskalation zu vermeiden. Dann kam die Nachricht von Kollegen, Gemeindeglieder würden Flugblätter verteilen. Die Anspannung stieg. Doch die Kontaktbeamtin blieb ruhig. »Ich war mir ganz sicher, dass die Flugblätter harmlos sein würden. Der Imam hatte mir sein Wort gegeben, dass er auf die Provokationen nicht eingehen würde.« Und tatsächlich stellte sich heraus, dass die Flugblätter lediglich eine Einladung zum kommenden Tag der offenen Tür in der Moschee waren. >



Foto: Julia Fischer

KMI versuchen zu sensibilisieren und Hemmungen abzubauen. Wenn sie erfolgreich sind, erfahren sie über die Imame oder Moscheevorsitzenden auch die Sorgen von Eltern, denen auffällt, dass sich ihre Kinder plötzlich seltsam verhalten und neue Freunde haben. Solches Verhalten kann ein Hinweis auf eine beginnende Radikalisierung sein. Wenn die KMI früh davon erfahren, kann den Jugendlichen eventuell mit Präventionsprogrammen geholfen werden.

Handlungssicherheit in den muslimischen Gemeinden schaffen

»KMI funktionieren als eine Art Frühwarnsystem. Sie sind ganz nah an den Gemeinden dran und erfahren häufig als erste, wenn etwas nicht stimmt«, weiß Christian Kampa, stellvertretender Leiter des Dezernates 21 beim Landeskriminalamt NRW, das für die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus zuständig ist. Er weiß auch, dass viele Gemeinden froh sind, wenn sie erfahren, dass sie hetzenden Predigern, die ihre Gemeindemitglieder mit radikalen Meinungen zu beeinflussen suchen, nicht wehrlos ausgeliefert sind. »Sie sind oft dankbar, wenn wir ihnen erklären, dass sie in der Moschee ein Hausrecht haben und Salafisten ein Hausverbot erteilen können«, erklärt der Experte für islamistischen Terrorismus. »Durch die Informationen über ihre Rechte fühlen sie sich bei ihren Handlungen dann sicherer.«

KMI sind in den Behörden unterschiedlich angebunden, zum Teil direkt bei der Behördenleitung, zum Teil in

Fachdezernaten. Ciler Durmus ist in Unna bei der Abteilung für Kriminalprävention angesiedelt. »Über meinen Vorgesetzten habe ich aber einen kurzen Draht zur Behördenleitung, die mich voll unterstützt«, berichtet sie. Das sei wichtig, sagt Christian Kampa, damit die Führung über die Stimmung und die neuesten Entwicklungen in der muslimischen Gemeinde unterrichtet sei. Als Beispiel nennt er die Sorge vieler muslimischer Gemeinden als Folge auf das als Provokation empfundene Video »Die Unschuld der Muslime« im Internet. Hier habe die Anbindung der KMI wesentlich dazu beigetragen, dass die Polizei frühzeitig und sachgerecht auf diese zum Teil schwierige Situation reagieren konnte. Er empfiehlt den Kollegen, bei den KMI nachzufragen, wenn sie etwa unsicher sind, wie sie sich bei einem Einsatz innerhalb einer Moschee verhalten sollen oder wen sie in der muslimischen Gemeinde bei Problemen ansprechen können.

Eine Frau in der Welt der Muslime

Als Ciler Durmus die Stelle als KMI angeboten wurde, erfuhr sie, dass man sich in ihrer Behörde im Vorhinein Gedanken gemacht hatte, ob eine Frau mit türkischen Wurzeln Kontaktbeamtin sein kann. Sie hat damals gesagt: Ich traue mir das zu. Wer die lebendige zierliche Frau mit den langen blonden Haaren erlebt, kann verstehen, dass sie für diese Aufgabe ausgesucht worden ist. »Ich bin in den nahezu zwanzig Jahren als Polizeibeamtin niemals von einem türkischen Mann schlecht behandelt worden«, erklärt sie. »Sie sehen als erstes immer die Polizeibeamtin, vor der sie Respekt haben, dann erst die Frau.« Mittlerweile hat sie die

Erfahrung gemacht, dass die türkischen Gemeinden stolz auf sie sind. Sie nennen sie respektvoll Kommissarin und freuen sich, wenn sie in Uniform zu Veranstaltungen kommt. Obwohl sie türkische Wurzeln hat und ihr weder Religion noch Kultur fremd sind, lernt sie als KMI immer noch viel dazu. Sie war zum Beispiel überrascht, als sie die Tochter eines Imams ohne Kopftuch auf der Straße sah. Doch der Imam erklärte ihr, dass im Koran steht, dass man niemanden zwingen darf. Er würde sich freuen, wenn seine Tochter einmal aus freien Stücken ein Kopftuch trägt, doch so lange sie das nicht möchte, muss sie das nicht tun.

Bei deutschen Beamten herrscht häufig Unsicherheit, wenn sie zum Beispiel eine Todesnachricht an eine muslimische Familie überbringen müssen. »Türkische Familien trauern anders«, weiß Ciler Durmus, »da kommen schnell fünfzig Personen zusammen und es kann sehr laut werden.« Daher gibt es in Unna ein Netzwerk mit türkischen Institutionen, die die Polizei in solchen Fällen unterstützen und den Familien Beistand leisten. »Es kann zum Beispiel sehr hilfreich sein, wenn ein Imam vor Ort ist, der die Maßnahmen der Polizei erklärt und der Familie die Sicherheit gibt, dass es in diesem Fall keine Sünde ist, wenn der Verstorbene nicht innerhalb der nächsten 24 Stunden beerdigt werden kann, wie es ansonsten üblich ist, da noch weitere Untersuchungen stattfinden müssen«, erklärt sie. /// **Katerina Breuer**

Die Arbeit der Kontaktbeamten für muslimische Institutionen

Wolfgang Gatzke im Gespräch

Wolfgang Gatzke, der Leiter des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen, sprach mit der »Streifen« über die Erfahrungen mit Kontaktbeamten für muslimische Institutionen (KMI), die Bedeutung dieser Kontaktbeamten in kritischen Situationen und wie ihre Arbeit sinnvoll ergänzt werden kann.

Streifen: Herr Gatzke, was sind die Aufgaben eines Kontaktbeamten für muslimische Institutionen?

Gatzke: Es gibt im Grunde zwei Aufgabenbereiche. Auf der einen Seite geht es darum, intensive Kontakte mit der muslimischen Bevölkerung zu knüpfen, besonders mit Vertretern der muslimischen Gemeinden, um die Arbeitskontakte zwischen der Polizei und den Muslimen möglichst zu vereinfachen und auf eine ganz normale Basis zu stellen. Auf der anderen Seite geht es darum, Wissen über die Kultur und den Islam, aber auch über die islamistischen, extremistischen Entwicklungen an die Polizei in NRW weiterzugeben. Das kann etwa über Dienstunterricht, Gespräche oder Besprechungen geschehen, aber auch über das Herstellen von Kontakten oder das Organisieren von Moscheebesuchen für Dienstgruppen oder Kolleginnen und Kollegen, für die der Umgang mit muslimischen Bevölkerungsgruppen zum



Alltag gehört. Das ist wichtig, denn auch bei uns gibt es Unkenntnis und Vorbehalte. Durch die KMI öffnet sich die Organisation Polizei und unser Wissen wächst dadurch natürlich auch.

Streifen: Haben alle Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen einen Kontaktbeamten für muslimische Institutionen?

Gatzke: Ja. Hintergrund ist das Konzept des Landes zur Früherkennung des islamistischen Terrorismus. Danach sind alle Behörden verpflichtet, KMI einzusetzen. Das ist auch in allen Behörden geschehen. Die meisten von ihnen sind hauptamtlich in dieser Funktion tätig. Insgesamt haben wir etwa 70 Kolleginnen und Kollegen, die diese Aufgabe wahrnehmen. Wir sind da übrigens in Nordrhein-Westfalen

im Vergleich mit anderen Bundesländern ganz weit vorne, weil wir die KMI flächendeckend in allen Behörden berufen haben. Auch auf der Ebene der Behördenleiter existieren in vielen Kreispolizeibehörden runde Tische, Kooperationsvereinbarungen und gemeinsame Erklärungen gegen Gewalt. All das bietet eine gute Grundlage für eine fruchtbare Zusammenarbeit im Alltag. >

»Für die muslimischen Gemeinden ist es wichtig, feste Ansprechpartner bei der Polizei zu haben, an die sie mit allen möglichen Problemen herantreten können.« Wolfgang Gatzke



Streife: Haben viele der Kontaktbeamten selbst einen Migrationshintergrund?

Gatzke: Wir haben in der Polizei in NRW allgemein noch eine recht überschaubare Anzahl von Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund. Zurzeit ist das etwa ein Prozent. Unter den Neueinstellungen befinden sich zum Glück mehr Menschen mit Migrationshintergrund, so dass ihr Anteil in den kommenden Jahren wachsen wird. Diese Situation spiegelt sich auch in der Anzahl der KMI mit Migrationshintergrund wider. Meines Wissens haben zurzeit nur fünf der rund sieben Kolleginnen und Kollegen selbst einen Migrationshintergrund. Es sollen aber unbedingt noch mehr werden.

Streife: Wie sind die bisherigen Erfahrungen mit den KMI?

Gatzke: Es hat sich eine ganze Menge positiv entwickelt. Für die muslimischen Gemeinden ist es wichtig, feste Ansprechpartner bei der Polizei zu haben, an die sie mit allen möglichen Problemen herantreten können. Das können Probleme aus der Gemeinde selber sein, aber auch im Umgang mit der Polizei etwa bei jugendlichen Straftätern. Auf der anderen Seite ist es für uns als Polizei enorm wichtig, mehr über Strukturen, kulturelle Bedingungen und Verhaltensweisen zu erfahren und zu wissen, wer der richtige Ansprechpartner ist, wenn man aus polizeilicher Sicht bestimmte Fragestellungen bearbeiten will. Ganz entscheidend ist für uns auch die Frage: Welche Fehler kann man vermeiden, um in der Kommunikation, die ja manchmal schon von der Thematik her belastet ist, nicht noch zusätzliche Hemmnisse aufzubauen? Die KMI tragen zu einer Entkrampfung des Umgangs zwischen der Polizei und Angehörigen der muslimischen Bevölkerung bei. Ihr Einsatz verbessert

das Verständnis der muslimischen Bevölkerung für die Arbeit der Polizei und er hilft, die Position der Polizei zu verdeutlichen. Vielfach gibt es gemeinsame Veranstaltungen, und gerade im Präventionsbereich gibt es auch eine ganze Reihe von Projekten, die auf örtlicher Ebene zwischen muslimischen Gemeinden und den Polizeibehörden erfolgreich vorangetrieben werden.

Streife: Haben sich die Aufgaben in den letzten Jahren verändert?

Gatzke: Nein, die Aufgaben sind gleich geblieben. Verändert hat sich aber die Bedeutung – insbesondere dort, wo es zu problematischen Situationen gekommen ist. Gerade im letzten Jahr gab es einige Konfrontationen rechtsgerichteter Bewegungen mit der muslimischen Bevölkerung. Man denke nur an die Provokationen mit Mohammed-Karikaturen. Auf der anderen Seite erleben wir ein Erstarken salafistischer Strömungen mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie der Verteilung von Koran-Büchern in Fußgängerzonen. Das führte bis zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den rechtsgerichteten und den salafistischen Bewegungen, etwa in Bonn und Solingen,

wo es auch zu gewaltsamen Konfrontationen mit der Polizei kam. Bei der nächsten potentiell gewalttätigen Veranstaltung in Köln hat die Polizei dann im Vorfeld Kontakt mit den muslimischen Gemeinden und Organisationen aufgenommen, das Handeln und die Rolle der Polizei verdeutlicht und gemeinsam mit Muslimen mäßigend und sachbezogenen Emotionen reduzieren können. Das hat sich als sehr positiv und hilfreich erwiesen. Wenn man Reaktionen auf Provokationen reduzieren oder sogar vermeiden kann, kann man dadurch auch Konfrontationen und ein weiteres Eskalieren vermeiden. Dafür ist nicht nur die Arbeit der KMI hilfreich, sondern auch Gesprächskreise auf Leitungsebene, die die Arbeit der KMI begleiten.

Streife: Wie können KMI in kritischen Situationen helfen?

Gatzke: Die bestehenden Kontakte sind durchaus vertrauensvoll: Es gibt gegenseitige Einladungen und Besuche. Die KMI können Einfluss darauf nehmen, wenn die Gefahr von Eskalation und Gewalt im Raum steht. Aber das muss man nicht nur auf kritische Situationen beziehen. Wo ein Verständnis für die Maßnahmen und das Einschreiten der Polizei herrscht und wo die Polizei bestimmte Verhaltensweisen und kulturelle Gegebenheiten respektiert, ist eine gute Grundlage gegeben, um polizeiliche Arbeit erfolgreich und konfliktfrei voranzutreiben. Je konfliktbeladener die Situation wird, umso hilfreicher ist es, wenn man auf eine gesunde, über Jahre entstandene vertrauensvolle Basis aufbauen kann.

Streife: Wie kann die Arbeit der KMI ergänzt werden?

Gatzke: Die KMI dürfen keine Einzelkämpfer sein. Sie brauchen den Rückhalt in ihrer Behörde. Ihre Arbeit muss eingebettet sein in eine Öffnung der gesamten Organisation in Richtung der muslimischen Bevölkerung. Auch auf der Ebene der Behördenleitungen müssen Kontakte und Aktivitäten da sein, müssen runde Tische entstehen, an denen Führungskräfte mit den Gemeindevorstehern zusammensitzen und es zu Gesprächskreisen kommt, wie es vielerorts im Land auch schon der Fall ist. Bei dieser Thematik müssen sich auch die Leitungsebenen einbringen. ///

Das Interview führte Katerina Breuer



ZUR PERSON

Wolfgang Gatzke ist seit 2004 Direktor des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen. Das Landeskriminalamt NRW koordiniert die Aufgabenwahrnehmung der KMI, wirkt an Aus- und Fortbildungen mit und informiert die KMI über aktuelle Entwicklungen in dem Bereich. Wolfgang Gatzke ist vielfach Ansprechpartner für Vertreter der muslimischen Dachorganisationen auf Landesebene.

Er ist ebenfalls Mitglied der Arbeitsgruppe »Vertrauensbildende Maßnahmen« der Sicherheitsbehörden mit den Muslimischen Organisationen auf Bundesebene, in der unter Leitung des Präsidenten des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz Leiter von Landeskriminalämtern mit Vertretern muslimischer Dachorganisationen zusammenkommen, um Anstöße und Initiativen für die vertrauensbildende Arbeit auf Bundes- und Landesebene zu entwickeln und ihre Umsetzung zu begleiten.



Foto: Jochen Tack



Raffiniert gefälschte Kunst Die Nacht der Museen im Landeskriminalamt NRW

Bereits zum dritten Mal nahm das Landeskriminalamt NRW (LKA NRW) im April an der Nacht der Museen in Düsseldorf teil. Mit einem Ticket konnten die Besucher an diesem Abend rund 40 Museen und Galerien besichtigen, darunter auch das LKA NRW.

Angefangen hatte alles mit dem nahezu 200 Meter langen Kunstwerk des renommierten österreichischen Künstlers Peter Kogler, das die Magistrale des LKA-Neubaus ziert. Dieses lang gezogene Netz sollte einmal im Jahr der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Mit den Jahren ist die Veranstaltung immer größer geworden. So waren in diesem Jahr 28 gefälschte Kunstwerke aus den Depots des LKA Baden-Württemberg zu sehen. Eine weitere Ausstellung war Bildern des Fotografen Jochen Tack gewidmet, in denen er den Polizeialltag darstellt und dessen Fotos auch häufig in der »Streife« zu sehen sind. In der Ausstellung »Weiße Frauen« schließlich zeigte Katharina Nitz zwölf Inszenierungen, die unter die Haut gingen. Ihnen lagen echte Morde zugrunde. Über 5.000 Besucher wollten an diesem Abend nicht nur die Ausstellungen sehen, sondern sich auch über die DNA-Analyse, Phantombilder und Fingerabdrücke kundig machen. >



Ein Picasso zum Schnäppchenpreis

Seit über 30 Jahren ermittelt Kriminalhauptkommissar Ernst Schöller vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Sachen falscher Kunstwerke. Er und seine Mitstreiter werden gerufen, wenn Kunst gestohlen wird, der Verdacht einer Fälschung auftaucht oder aber wenn die Kollegen fachkundige Unterstützung brauchen. Nahezu 70 Prozent seiner Arbeitszeit beschäftigt er sich mit Fälschungen. »Während die Zahl der Kunstdiebstähle seit rund zehn Jahren stagniert, nehmen die Fälschungen immer mehr zu«, weiß er. Das hängt nicht nur mit neuen Möglichkeiten der Nachbildung dank immer besserer Grafikprogramme zusammen, sondern auch mit neuen Vertriebswegen über das Internet. Dort gibt es Händler, die keine Galerie besitzen, sondern ihre Ware direkt im World Wide Web anbieten. Zu diesem neuen Trend meint er trocken: »Wer online eine Original Picasso-Radierung für 5.000 Euro statt wie ansonsten üblich für 50.000 Euro kauft, muss sich meiner Meinung nach nicht als Geschädigter fühlen.«

Besonders gefragt sind zurzeit die Künstler Pablo Picasso, Marc Chagall, Joan Miró und Salvador Dalí. Da die Nachfrage die Anzahl der echten Werke übersteigt, die zudem sehr teuer sind, wird eben gefälschtes nach Bedarf produziert.

Die gefälschten Werke, die bei der Nacht der Museen im Landeskriminalamt NRW zu sehen waren, stammen alle aus der Lehrmittelsammlung der Polizei Baden-Württemberg. Ernst Schöller versucht immer wieder durch Überzeugungsarbeit bei der Staatsanwaltschaft oder bei Geschädigten Fälschungen für die Lehrmittelsammlung zu gewinnen. Mittlerweile besteht sie aus über 1.000 Grafiken, 150 Bildern und einigen Skulpturen. Sie werden für Schulungen, zum Abgleich mit neu aufgetauchten Fälschungen oder auch für Ausstellungen genutzt.

Kunstexperten der Polizei NRW

In Nordrhein-Westfalen liegt der Schwerpunkt der Ermittlungsarbeit bei den Polizeipräsidiën Düsseldorf und Köln, die aufgrund der vielen Museen und Kunstmessen auf diesem Gebiet federführend sind. Im LKA NRW sind Spezialisten auch in der internationalen Ermittlungsunterstützung eingebunden. In der vom Bundeskriminalamt koordinierten nichtnumerischen Sachfahndung erfassen die Landeskriminalämter entwendete Kunst- und Wertgegenstände ohne numerische Kennzeichnung. Sie gleichen die Gegenstände auch mit internationalen Kunstdatenbanken und Auktionen ab. Im Landeskriminalamt NRW übernimmt das Dezernat 31 die Erfassung und Suche in der Datenbank, in der sich mehrere tausend Kunstgegenstände, Gemälde, Grafiken oder auch Ikonen befinden, die dauerhaft entwendet wurden oder verschwunden sind. Darüber hinaus wird dieser Datenbestand im Landeskriminalamt NRW zentral mit der Datenbank Securius abgeglichen, in der bundesweit sichergestellte Kunst- und Wertgegenstände erfasst werden. ///

Katerina Breuer



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen

bürgerorientiert - professionell - rechtsstaatlich



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen

Ein Tag mit uns!

13.7.2013 Dortmund



Ein Tag mit der Polizei NRW - Sei dabei!

In der Dortmunder City am 13. Juli 2013

von 10:30 bis 19:00 Uhr

Mehr Informationen unter polizei.nrw.de

18. Deutscher Präventionstag in Bielefeld

NRW mit erfolgreichen Projekten vertreten



»Mehr Prävention – weniger Opfer« – unter diesem Motto stand der 18. Deutsche Präventionstag, der im April in der Stadthalle Bielefeld veranstaltet wurde. Es war ein Kongress der Superlative, der Wissen und viel Erfahrung aus dem Bereich der Prävention zu einem intensiven Austausch zwischen Fachleuten, Wissenschaftlern und Praktikern aus ganz Europa zusammenführte. Der Präventionstag ist der größte europäische Kongress für Kriminalprävention sowie angrenzende Präventionsbereiche. Er wird seit 1995 jährlich in wechselnden deutschen Städten veranstaltet.

Mehr als 3.000 Teilnehmer aus 23 Staaten ließen sich in Bielefeld an den zwei Kongresstagen über den aktuellen Stand der Wissenschaft und vor allem in zahlreichen Projektslots von konkreten Erfahrungen in den unterschiedlichsten Präventionsprojekten informieren. In 12 Konferenz- und Seminarräumen wurden mehr als 120 Vorträge gehalten, Statements vorgetragen und Projektslots vorgestellt. An 160 Informationsständen stellten sich Akteure im Bereich der Prävention vor und berichteten in Gesprächen über aktuelle Projekte und Maßnahmen.

Die »Bielefelder Erklärung«

Der Deutsche Präventionstag fordert zum Abschluss der Tagung in seiner »Bielefelder Erklärung«, die bereits bestehenden Opferschutzgesetze zu evaluieren und quantitative wie qualitative Untersuchungen dazu durchzuführen, welche Wünsche und Bedürfnisse Opfer mit Blick auf das Strafverfahren tatsächlich haben und welchen Belastungen sie durch das Strafverfahren ausgesetzt sind. »Auch nach einem Vierteljahrhundert Opferzuwendung in Gesellschaft, Wissenschaft, Strafrechtspflege und Prävention ist der Stand des empirischen Wissens zu den Opfern von Straftaten und ihren Bedürfnissen äußerst unbefriedigend«, so der Deutsche Präventionstag. Eine effektive Kriminalpolitik erfordere eine verlässliche Datengrundlage. Nur dann sei auch eine weitere Verbesserung der Opferhilfe möglich. Letztendlich, so der Deutsche Präventionstag weiter, müsse das oberste Ziel sein, es gar nicht erst zu Straftaten kommen zu lassen. »Der beste Opferschutz ist und bleibt die Kriminalprävention«, fasst Erich Marks, Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages, zusammen. Die hochkarätig besetzte Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft von NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Eröffnet wurde der Kongress am ersten Kongresstag durch

NRW-Innenminister Ralf Jäger. Am ersten Tag war außerdem NRW-Justizminister Thomas Kutschaty angereist, um als Gastredner über »Neue Modelle des Übergangsmanagements in Nordrhein-Westfalen« zu informieren.

Ein Heimspiel für die Kriminalprävention in NRW

Der 18. Deutsche Präventionstag zeigte eine starke Präsenz von Nordrhein-Westfalen. Vor allem die aktuellen Präventionsprojekte der Landesregierung standen im Fokus des Interesses, stellten sich in Gesprächen der Diskussion und berichteten über Ergebnisse und Erfolge. Stark vertreten war zudem die Polizei Nordrhein-Westfalen, die sich mit ihren Präventionsprojekten gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern an einem gemeinsamen Stand präsentierte. Darunter war neben dem Projekt »muTiger« auch das Projekt »Haste ´nen Plan« vertreten. Jeweils mit einem eigenen Stand stellten sich Projektverantwortliche und Mitarbeiter der Initiative »Kurve kriegen« und Mitarbeiter des Landespräventionsrats der Diskussion.





Die Initiative »Kurve kriegen« gehört zu den Vorzeigeprojekten des Landes NRW. Sie ist seit Herbst 2011 aktiv und möchte verhindern, dass gefährdete Kinder und Jugendliche zu Intensivtätern werden. Das Motto lautet: »Frühe Hilfe statt späte Härte«. Bei »Kurve kriegen« handelt es sich um ein Modellprojekt, das derzeit in acht Kreispolizeibehörden des Landes NRW erprobt und evaluiert wird. »Kurve kriegen« zeigt, wie das Zusammenspiel zwischen Polizei, Jugendämtern und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe organisiert werden kann und zudem hervorragend gelingt.

In seiner Eröffnungsrede machte Ralf Jäger besonders auf die Initiative »Kurve kriegen« aufmerksam. Er sagte: »Bei diesem Projekt wenden wir uns den Kindern und Jugendlichen zu, die schon ganz früh durch Straftaten aufgefallen sind. Was wir tun, um eine »Karriere« als Straftäter zu verhindern, wen wir dafür mit ins Boot holen – das alles können Sie im Laufe dieses Kongresses erfahren.«

Der Gemeinschaftsstand der Polizei NRW

Neben der Initiative »Kurve kriegen« wurden den Besuchern am Gemeinschaftsstand der Polizei NRW bewährte Maßnahmen wie »Surfen mit Sinn« oder »Riegel vor!« vorgestellt. Insgesamt waren aus Nordrhein-Westfalen acht Polizeibehörden und ihre Kooperationspartner vertreten. Das verbindende Merkmal aller Projekte und Maßnahmen war das Schwerpunktthema des diesjährigen Deutschen Präventionstages: Mehr Prävention – weniger Opfer. Dazu erläuterte die Polizei NRW mit einigen Kurzvorträgen unterschiedliche thematische Ansätze. Im Fokus standen

dabei zum Beispiel Themen wie städtebauliche Kriminalprävention oder auch betrügerische Kaffeefahrten. Dabei wurde auch die neue Kooperation mit den Verbraucherzentralen im Land vorgestellt.

Prävention von Computerkriminalität

An einem eigenen Stand präsentierte sich der Landespräventionsrat. Das unabhängige Gremium berät die Landesregierung bei übergreifenden Fragen der Kriminalprävention. Neben Fachleuten aus verschiedenen Ressorts der Landesregierung gehören ihm auch Vertreter gesellschaftlicher Organisationen an. Der Landespräventionsrat ist beim Justizministerium NRW angebunden und hat zurzeit drei Arbeitsgruppen: »Gewaltprävention im und durch Sport«, »Stadtentwicklung und Wohnen« sowie »Prävention der Internet- und Computerkriminalität«. Die Führung der letzteren Arbeitsgruppe hat Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann übernommen.

Auf dem Deutschen Präventionstag stellte die Arbeitsgruppe eine DVD mit elf Videos vor, die sie entwickelt hat. In den rund dreiminütigen Videos geht es etwa um sichere Passwörter im Internet oder



um gefälschte Mails mit Rechnungen. Die Clips wurden von einem professionellen Filmteam erstellt. Ein Praxisbeispiel am Anfang verdeutlicht das Problem, Experten des Instituts für Internetsicherheit der Westfälischen Hochschule erklären dann, was dahintersteckt. Die Videos sollen nicht nur in der polizeilichen Präventionsarbeit, sondern beispielsweise auch an Schulen oder in der Wirtschaft eingesetzt werden. Am Infostand standen die Experten des Landeskriminalamtes NRW, die in diesem Bereich für den Landespräventionsrat arbeiten, für Gespräche zur Verfügung. In einem Projektspot und einer Veranstaltung im Filmforum wurde erläutert, wie sie zu den Themen für die Filme gekommen und wie sie entstanden sind. ///

Redaktion Streife



Fotos (5): Julia Fischer

Daniela Manz ist NRW-Polizeisportlerin 2012.



Christoph Fildebrand (mitte) ist NRW-Polizeisportler 2012.



Die erfolgreichen Sportler mit dem Vertreter des Landespolizeisportbeauftragten, PD Jürgen Lankes v.l.n.r.: PHK Grote, PK Szymanowicz, PHK Bauerkamp, PK'in Albertz, PK Deppisch.

Spitzensportler der Polizei geehrt Fitness für den täglichen Dienst unverzichtbar

48 Polizeisportlerinnen und -sportler wurden im April in Dortmund für ihre herausragenden sportlichen Leistungen durch NRW-Innenminister Ralf Jäger geehrt.

Die NRW-Polizei fördert junge Spitzensportlerinnen und -sportler aus den Nationalkadern. Sie bietet ihnen eine mit Training und Wettkampf abgestimmte Berufsausbildung und -ausübung. Die Geehrten erzielten in insgesamt 15 verschiedenen Disziplinen bei den Olympischen Spielen, Welt-, Europa- und Deutschen Meisterschaften sowie bei Deutschen und Europäischen Polizeimeisterschaften sowie Weltmeisterschaften der Polizei vordere Plätze.

Innenminister Jäger stellte bei der Ehrung heraus, wie wichtig regelmäßiger Sport für alle bei der Polizei Beschäftigten ist. »Die Polizistinnen und Polizisten sorgen für die Sicherheit der Menschen. Dafür brauchen sie geistige und körperliche Fitness«, betonte der Innenminister. »Deshalb ist es auch konsequent, dass es bei der NRW-Polizei ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement gibt.« Darin werden neben dem Sport auch Gesundheits- und medizinische Vorsorge sowie Ernährungsberatung einbezogen.

Jäger lobte auch das soziale Engagement der Polizeisportvereine und der Polizeibehörden. »Sie bieten beispielsweise sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen gezielt sportliche Aktivitäten an und engagieren sich in der Gewaltprävention.« ///

Redaktion Streife

DIE NRW-POLIZEISPORTLER DES JAHRES 2012

- > »Polizeisportlerin des Jahres 2012« ist Kommissaranwärterin Daniela Manz vom Polizeipräsidium Köln. Bei den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften erreichte sie im Hammerwerfen einen großartigen 2. Platz.
- > »Polizeisportler des Jahres 2012« ist Kommissaranwärter Christoph Fildebrandt vom Polizeipräsidium Köln. Mit der 4 x 100 Meter Freistil-Staffel schaffte er bei den Olympischen Spielen 2012 in London einen hervorragenden 6. Platz.
- > »Polizeimannschaft des Jahres 2012« ist die Polizei-Landesauswahl im Herrenhandball. Sie errang zum wiederholten Mal den Titel bei den Deutschen Polizeimeisterschaften.
- > »Polizeisportverein des Jahres 2012« ist der PSV Dortmund. Der im Jahr 1922 gegründete Verein hat sechs Abteilungen mit insgesamt rund 400 Mitgliedern, davon 150 in der Altersgruppe bis 18 Jahren. Mit der Ehrung wird insbesondere das Engagement im Präventionsbereich gewürdigt. Zusammen mit dem Polizeipräsidium Dortmund bietet der PSV bereits seit dem Jahr 1996 Selbstsicherheitskurse für Frauen und Mädchen an. In den letzten Jahren hat der Polizeisportverein mehrere Polizeimeisterschaften auf Landes- und Bundesebene durchgeführt. Im Jahr 2006 organisierte der PSV Dortmund das Endspiel der Europäischen Polizeimeisterschaft im Fußball.

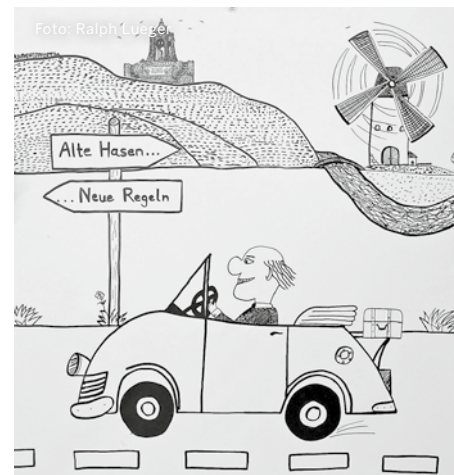
Feierliche Ehrung der Deutschen Polizeisportlerinnen und Polizeisportler in Hannover

Am 18. April wurden erfolgreiche Polizeisportlerinnen und Polizeisportler aus dem gesamten Bundesgebiet für ihre Spitzenleistungen im vergangenen Jahr ausgezeichnet. In der Feierstunde mit einem attraktiven Rahmenprogramm und rund 150 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Sport wurden auch mehrere Polizeisportlerinnen und Polizeisportler aus NRW geehrt.

Im erfolgreichen Bundeskader der Handballer, die den Polizeieuropameistertitel im Hallenhandball der Männer errangen und als Polizeimannschaft des Jahres geehrt wurden, standen

aus Nordrhein-Westfalen PHK Sascha Grote (PP Bielefeld), PHK Stefan Bauerkamp (PP Köln), PK Mirko Szymanowicz (PP Düsseldorf) und PK Mathias Deppisch (PP Köln). In der erfolgreichen Frauenfußballnationalmannschaft der Polizei, die in Dänemark souverän den Europameistertitel errang, standen mit PK´in Sandra Albertz (PP Krefeld), PK´in Vanessa Baudzus (PP Köln) und PK´in Nathalie Bock (PP Wuppertal), drei Polizeibeamtinnen aus Nordrhein-Westfalen, die maßgeblich am Titelerfolg beteiligt waren. Leider konnten nicht alle Kolleginnen an der Ehrung teilnehmen.« ///

Jürgen Lankes MIK



Nachmachen ausdrücklich erwünscht

Landespreis für Innere Sicherheit 2012: Zwei beispielhafte Projekte ausgezeichnet

Sie nennen sich mit einer Portion Selbstironie »Alte Hasen«. Es sind Senioren, die wissen, wo der Weg langgeht. Im heutigen Straßenverkehr ist das eine Fähigkeit, die durchaus Leben retten kann. Und genau das ist das Ziel einer Ordnungspartnerschaft, die im Kreis Minden-Lübbecke angetreten ist, um speziell Seniorinnen und Senioren für die Gefahren im Straßenverkehr zu sensibilisieren. Mit dabei: Die örtlichen Verkehrssicherheitsberater der Polizei.

Unter dem Motto »Alte Hasen – Neue Regeln« setzt die Ordnungspartnerschaft in Minden-Lübbecke ein Verkehrssicherheitskonzept um, das am 10. April 2013 zusammen mit dem »Präventionskonzept gegen Gewalt in Marl (Kreis Recklinghausen)« von NRW-Innenminister Ralf Jäger mit dem Landespreis für Innere Sicherheit 2012 ausgezeichnet worden ist. Es sind zwei beispielhafte Konzepte, die in Düsseldorf prämiert wurden. Sie haben Modellcharakter und sollten daher viele Nachahmer im Land finden.

Die Polizei im Team mit vielen Partnern
Mit dem »Landespreis für Innere Sicherheit« werden seit 2003 beispielhafte Ordnungspartnerschaften und (kriminal)präventive Gremien im Sinne einer bürgerorientierten, rechtsstaatlichen und professionellen Arbeit ausgezeichnet. »Ordnungspartnerschaften sind fester Bestandteil der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Polizei, kommunalen Partnern, Schulen und gesellschaftlichen Gruppen. Sie sind ein Garant für die Sicherheit in NRW«, sagte Jäger während der feierlichen Preisverleihung im Innenministerium.

Der Erfolg gibt den Initiatoren des Verkehrssicherheitsprojektes in Minden-Lübbecke Recht. In den Jahren 2010 und 2011 sank die Zahl der verunglückten Seniorinnen und Senioren auf jeweils 154. Im vergangenen Jahr waren es mit 142 nochmals zwölf weniger. Die Zahlen sind ein Indiz dafür, dass das Konzept »Alte Hasen – Neue Regeln« wirkt. Denn im Kreis Minden-Lübbecke gab es in den Jahren von 2005 bis 2009 einen kontinuierlichen Anstieg von Unfällen, an denen Menschen über 65 Jahre beteiligt waren. Im Jahr 2005 verunglückten 141 Senioren, 2009 waren es bereits 188. Der überwiegende

Anteil von ihnen hatte den Unfall als Autofahrer, Radfahrer oder Fußgänger selbst verursacht. Das war auch der Ansatz: Die »Alten Hasen« sollen sich besser im Verkehr zurecht finden.

Großes Interesse bei der Zielgruppe

Für die Projektverantwortlichen besonders beeindruckend: Die Seniorinnen und Senioren sind sich offenbar bewusst, dass sie sich auf die Verkehrsverhältnisse besonders einstellen und ihr Verhalten entsprechend ausrichten müssen. Die Zahl der Interessenten jedenfalls ist sehr groß. Und die Nachfrage wächst weiter. Übrigens überall im Land. Neben der Vortragsreihe »Alte Hasen – Neue Regeln« der Verkehrssicherheitsberater der Polizei, die allein im Jahr 2011 rund 1.800 Teilnehmer besuchten, gehören auch die Vorträge: »Erkennbarkeit bei Dunkelheit« und »Mit dem Fahrrad unterwegs« zu dem in der Landeshauptstadt ausgezeichneten Konzept. Zudem bieten die Volkshochschulen im Kreis Minden-Lübbecke mit den Experten



der Polizei Vorträge an zum Thema: »Wie komme ich mit dem Rollator, Rollstuhl oder E-Bike im Straßenverkehr zurecht?«

In Vorträgen, aber auch ganz praktisch, werden ältere Verkehrsteilnehmer für die Gefahren des Straßenverkehrs und die Veränderung der eigenen Reaktionsmöglichkeiten sensibilisiert. Ihnen werden neue Verkehrsregeln erläutert. Sie werden zudem auf das Verhältnis zwischen PKW-Fahrern und Fahrradfahrern angesprochen. So wird gegenseitiges Verständnis geweckt. Darüber hinaus ist die eigene Erkennbarkeit im Straßenverkehr, besonders in der Dunkelheit, Thema von Veranstaltungen. Über 3.000 Menschen haben in Minden-Lübbecke an den Veranstaltungen teilgenommen.

Altersbedingte Defizite im Selbsttest erfahren

Ergänzt wurde das Konzept durch den Einsatz eines Gerontologischen Testanzugs, kurz GERT genannt. Es handelt sich dabei um einen Simulationsanzug, welcher es ermöglicht, die Lebenssituation mit einer Bewegungseinschränkung besser zu verstehen. Wer den Anzug trägt, fühlt sich förmlich gealtert und so in seiner Beweglichkeit eingeschränkt wie ein älterer Mensch. So führte die Stadt Espelkamp zusammen mit der Polizei unter dem Motto »Mit GERT gehen – Alter verstehen«, eine Begehung durch, um den Verkehrsraum umzugestalten und sicherer zu machen. Auch die Berufsanfänger aus den Bereichen Soziales und Gesundheit am Berufskolleg in Lübbecke sowie das

Personal von Pflegeeinrichtungen testeten GERT und erlebten die altersbedingten Defizite hautnah.

Jugendgewalt in Marl eingedämmt

Mit einem ganz anderen Thema beschäftigt sich das zweite in Düsseldorf mit dem »Landespreis für Innere Sicherheit 2012« ausgezeichnete Projekt. Seit 2008 steht das Thema »Jugendgewalt« in Marl im besonderen Blickpunkt der Öffentlichkeit. Auslöser waren vor allem gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen. Parallel dazu wurden in Marl vermehrt Schäden durch Vandalismus an öffentlichen Einrichtungen registriert. In vielen Fällen ermittelte die Polizei Jugendliche als Täter. Trauriger Höhepunkt der Gewaltvorfälle: Im April 2010 endet der Streit auf einem Schulgelände für einen 16-Jährigen tödlich. Sowohl der 14-jährige Täter als auch das Opfer waren betrunken.

Experten der Stadt Marl, der Polizei des PP Recklinghausen und privater Trägereinrichtungen erarbeiteten 2011 nach eingehender Analyse, an der auch Kriminologen beteiligt waren, das »Präventions- und Handlungskonzept gegen Gewalt in Marl«. Dieses Konzept beinhaltet insgesamt fünf Schwerpunkte, die sich an den verschiedenen Zielgruppen orientieren.

Mit speziellen Trainingsangeboten in Kindertageseinrichtungen und einem Beratungs- und Informationsangebot für junge Eltern setzt das Konzept bereits im Vorschulalter an.

Körperbezogene Trainingsangebote wie das Programm »Toben, Kämpfen, Raufen« in den Grundschulen sowie ein »Coolness- und Deeskalationstraining« an den weiterführenden Schulen setzen den Weg der Gewaltprävention fort. Aber auch außerhalb von Schule und Kindergarten gibt es Aktivitäten. Jugendschutzkontrollen sowie Aufklärungs- und Öffentlichkeitskampagnen zum Thema »Alkohol und Gewalt« gehören ebenso zum Konzept, wie der Projektbaustein »Sichere Räume für Kinder«. Unterschiedliche Aktionen in den verschiedenen Stadtteilen und Schulen sollen für die Kinder einen »gesicherten Wohlfühlbereich« schaffen, der durch eine Symbolfigur – den sogenannten MarleKiN – gekennzeichnet wird.

Der Kinder- und Jugendpreis für Zivilcourage »MarleKiN macht Mut«, der seit 2011 durch die Stadt Marl verliehen wird, runden das Gesamtkonzept ab. Mit dem Preis werden Kinder und Jugendliche geehrt, die sich in besonderer Weise für andere eingesetzt oder ihre Hilfe angeboten haben.

Die Gewalt unter Jugendlichen ist im vergangenen Jahr zurückgegangen. Diese gute Entwicklung bestärkt die in dem Netzwerk Beteiligten, das »Präventions- und Handlungskonzept gegen Gewalt in Marl« konsequent weiterzuführen. ///

Redaktion Streife

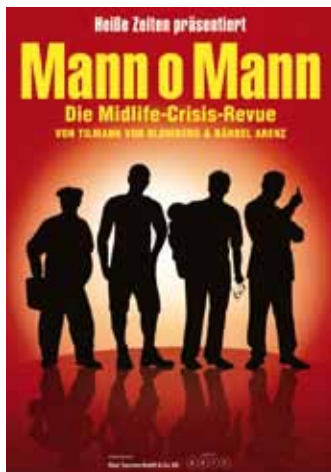
Mann, o Mann! Männer in der Midlife-Crisis

Nach dem großen Erfolg der Wechseljahre-Revue »Heiße Zeiten«, mit der vier »Ladys im Hormonrausch« das Publikum begeisterten, kommt jetzt »Mann o Mann«, und zeigt, dass auch Männer ihre Probleme mit dem Altern haben! Vier Männer, die unterschiedlicher nicht sein könnten, tanzen und singen sich durch die Probleme der Midlife-Crisis.

Verpackt in witzige Dialoge und gespickt mit neu getexteten Ohrwurm-Hits erwartet das Publikum eine hormon-geladene Show zum Lachen, Schmunzeln und Mittanzen! »Mann o Mann« bietet beste Unterhaltung für Frauen, um endlich die Männer zu verstehen, für Männer, um herzlich über sich selbst zu lachen, und für Paare, um einen unvergesslichen Abend miteinander zu verbringen!

Die Story: Vier Männer verlieren auf dem Jakobsweg ihre Orientierung und sind gezwungen, eine Nacht mitten in der spanischen Pampa gemeinsam zu verbringen. Der Mann, das unbekannte Wesen, das sich nie öffnet, überwindet in dieser Situation seine Urinstinkte und Hemmungen – so auch unsere vier Helden. Am Lagerfeuer teilen sie plötzlich ihre Ängste, Hoffnungen und Träume mit.

»Mann o Mann« ist vom 3. bis 21. Juli im Capitol Theater, Erkrather Str. 30, 40233 Düsseldorf, zu sehen. Karten sind für 19,90 bis 45,90 € (zzgl. Vorverkaufsgebühr und 2 € Systemgebühr pro Ticket) erhältlich. Alle Streife-Leser erhalten bei Nennung der Kunden-PIN 121498 eine Ermäßigung von 10 Prozent auf den Kartennettwert unter 0211/73 44 120.



Die Streife verlost 2 x 2 Freikarten für »Mann o Mann« in Düsseldorf. Um daran teilzunehmen, müssen Sie das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 1. Juli 2013 einsenden an:
 Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Redaktion Streife, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
 E-Mail: streife@mik.nrw.de

Bitte der Redaktion:
 Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!



Niederung	chem. Element, Metall	Wollfett	Abk.: Regierung	stramm gespannt	Kindertagesstätte (Kw.)
Einlegearbeit					
Tierprodukt		freundlich			Verhältniswort
Lichtbildner					2
	5	Qual, Schmerz	kurz für: auf das		span. Kronprinz
Abk.: geboren	Reiten: Trab auf der Stelle				
jenseitiger Gewässerrand	Stacheltier		Araberrfürst	Teilhhaber, Gesellschafter	Wagenunterstellraum
Speisewürze	Saiteninstrument mit Trommelkörper	Bergstock der Dolomiten	Großvater		
Eigentümer					
			Kampfsportart		Los ohne Gewinn
Handwerker; Anstreicher	lustige Umtriebe		Altersbezeichnung	1	
Rollladen					
	4		Rinde; Borke	Abk.: Nummer	Ausruf der Überraschung
Erfrischungsgetränk	Nieder-schlag	Einrichtung für Bankkunden			
länglicher Hohlkörper				scheues Waldtier	
Kfz-Z. Ägypten		ein Binde-wort			
Rasen-pflanze					
Dringlich-keits-vermerk					
Riech-organ					

Auflösung des letzten Rätsels

S	T	B	E	W	U	S	T
K	A	I	B	E	W	U	S
A	L	P	H	A	B	E	T
H	T	T	P	U	L	A	C
O	S	C	O	T	T	M	
K	E	L	C	H	B	L	O
M	A	L	H	B	I	Z	A
P	T	I	R	O	L	D	E
E	I	C	H	E	A	D	V
T	E	L	F				
J	A	M	M	E	R		
L	A	N	Z				

(1-7) Trommel

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktionsleitung

Ralf Hövelmann
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PoINRW 07-221-2366
Internet: www.streife.polizei.nrw.de
E-Mail: streife@mik.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Peter Bandermann, Katerina Breuer,
Dr. Jörg Bockow, Jürgen Lankes (MIK),
Walter Liedtke, Michael Wiegand

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf

Druck

kuper-druck gmbh, Eschweiler
Papier: Condat matt Perigord,
FSC-zertifiziert



Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6-mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. An den abgedruckten Beiträgen behält sich die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen